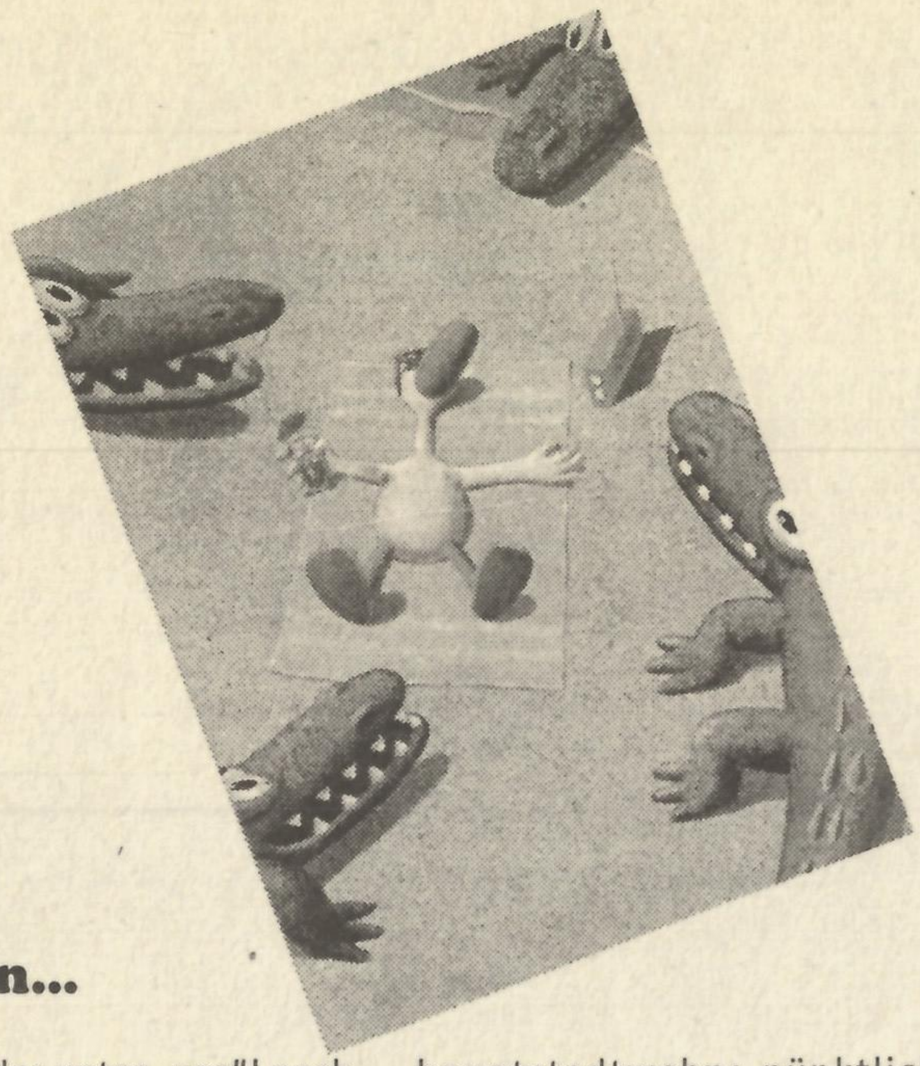
alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum

dezember 1996

Hermannstraße 83 · 26135 Oldenburg
Tel.: 04 41/14 402 · Fax: 04 41/24 88 660



moin moin...

matthes ist wieder unter „uns"! nach seinem auftauchen am 25.11. wurde am folgenden tag in düsseldorf entschieden, daß er erstmal nicht in den bau muß. die auflagen sind die üblichen: kaution, 1mal pro woche zu den bullen. neuere infos im www: „members.aol.com/hbkombo/home.htm". ferner ist werner k.'s presseerklärung im alhambra-ordner im info café. werner k. ist mitangeklagter im radikal-verfahren.
apropos prozeß: am 9.12. beginnt in wilhelmshaven der prozeß (termin und ort auf s.20) gegen 3 mutmaßliche „mercedes-hasserInnen". sie werden beschuldigt, dem multikonzern einen sachschaden zugefügt zu haben: brandanschlag am 12.1.94. in diesem zusammenhang: rechtshilfe oldenburg, spendenkonto: 100-006 154 bei der LzO (blz 280 50100). prozesse kosten leider nicht nur nerven sondern auch kohle!

hauptstadtwahn: pünktlich zum winterbeginn wurden in berlin die kreutzigerstr. 21, teile der k12 und der k13 geräumt. einer der durchgeknallten bullen, ein armseliges ramboimitat, machte kurzen prozeß und sprengte die tür der k21. diese ganze aktion war „selbstverständlich berechtigt", da aus dem haus ein „hartnäckiger widerstand" ausging: eine person befand sich in den räumlichkeiten des hauses!
der gut besuchte panther-film hat uns sehr gefreut. diese veranstaltung lief im rahmen der mumia-kampagne. allerdings erscheinen uns die dort eingesammelten 2,80 DM selbst für das kleine oldenburg zu wenig. weiteres im interview aus der jW auf s.3.

...die **red**.

★

INHALT

Len Weinglass: Haben sich die Chancen um Abu-Jamal verbessert? 3
Otto Köhler: Lübecker Prozeß 4
Eine „kleine" Rassismus-Chronik 6
42: Nachrichten aus der deutschen Restmülltonne 8
LeserInnenbrief an die Alhambra-Zeitung 12
Café Morgenland: Eigentlich... 14
Anti-AKW 15
Antifa / AK „Kein Fußbreit..." 18
Mercedes-Prozeß in Whv 20
Humanität und Politik - zur Situation in Ruanda und Zaïre 21
Aufgetaucht! - radikal-Verfahren 26
no pasaran! - ein bericht aus spanien 28
Kurdistan Aktuell 31
Mexico in Kürze 33
crush hour 34
Filmriß 35

Die Alhambra - Zeitung wird unterstützt von: AK „Kein Fußbreit den FaschistInnen", ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifa-Jugend-Front (AJF), Antimilitarismus-Anti-AKW-Gruppe, Arbeitskreis Asyl, Café Quox, Crush Hour Concerts, Deutsche Kommunistische Partei Ol., „Dritte Welt Laden", Donna 45, Filmriß, Frauengruppe „Autonomes Fräuleinwunder", Freie ArbeiterInnen Union/1.A.A.OG Aurich, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen, Initiative für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Jazzclub Alluvium, Lateinamerika-Gruppe, Na-Und e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste Oldenburg, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Totalverweigerer Gruppe Oldenburg, Tierrechtsoffensive Ol. (T.O.O.), zweiundvierzig.
Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.
V.i.S.d.P: K.Fischer

alhambra -grundsätzliches-

Auch wenn es nur wenige wissen, das Alhambra ist so ziemlich einmalig.
Es ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikatonszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B.Discos eingenommen.
Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten.
Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich (oft mit Streß und Nerverei verbunden) tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet.
Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können.
Jeden zweiten Freitag irn Monat, vor „Die Disco", trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum".
Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertre-terInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.
Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt:
Das "NutzerInnen-Plenum" ist der einzige Ort, an dem dies besprochen, und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.
Spendenkonto:
LzO BLZ: 280 501 00
Kto.Nr.: 000-430 397

Len Weinglass

HABEN SICH DIE CHANCEN FÜR ABU-JAMAL VERBESSERT?

Der Fall Mumia Abu-Jamal sorgt nach einem halben Jahr relativer Ruhe jetzt wieder für Schlagzeilen in der US-Presse, nachdem von der Zeugin, Veronica Jones, Anfang Oktober im Gerichtssaal vor Richter Albert F. Sabo ausgesagt wurde, sie sei 1982 von Polizeibeamten zu belastenden Aussagen gegen Abu-Jamal gezwungen worden. Haben sich Abu-Jamals juristische Chancen nach dieser Zeugenaussage verbessert?

Am 1. November hat Richter Sabo in seiner Bewertung für den Obersten Gerichtshof von Pennsylvannia die Zeugenaussage von Jones vollständig zurückgewiesen. Bei jedem anderen Gericht hätte ihre Schilderung einen entscheidenden Durchbruch bedeutet. Aber Sabo hat schon während der Zeugenvernehmung erklärt, daß er Veronicas Aussage für eine reine Erfindung hält. Wir sind über seine Entscheidung nicht überrascht und werden juristisch dagegen vorgehen.

Privatermittler, die für das Anwaltsteam arbeiten, haben mehr als vier Jahre lang nach Jones gesucht. Weshalb hat es so lange gedauert, diese Zeugin ausfindig zu machen?

Jones lebte unter sieben verschiedenen Namen. Sie war nirgendwo gemeldet und hatte über einen längeren Zeitraum kein festes Arbeitsverhältnis. Es gab kaum Ansatzpunkte für ihren Aufenthaltsort. Unsere Privatermittler haben sie in drei verschiedenen Bundesstaaten gesucht und schließlich erst in diesem Frühjahr gefunden. Sie hat sich dann zu der Aussage entschlossen, aber sie zahlt einen hohen Preis dafür: Sie wurde aufgrund eines seit zwei Jahren existierenden Haftbefehls im Gerichtssaal festgenommen. Erst durch die Hinterlegung einer Kaution von 10000 Dollar kam sie wieder frei. Außerdem wurde Jones der Job gekündigt.

Abu-Jamal hat Anfang Oktober in einem offenen Brief an alle UnterstützerInnen erklärt, daß er dringend Geld für seine Verteidigung benötigen würde. Wofür brauchen Sie das Geld?

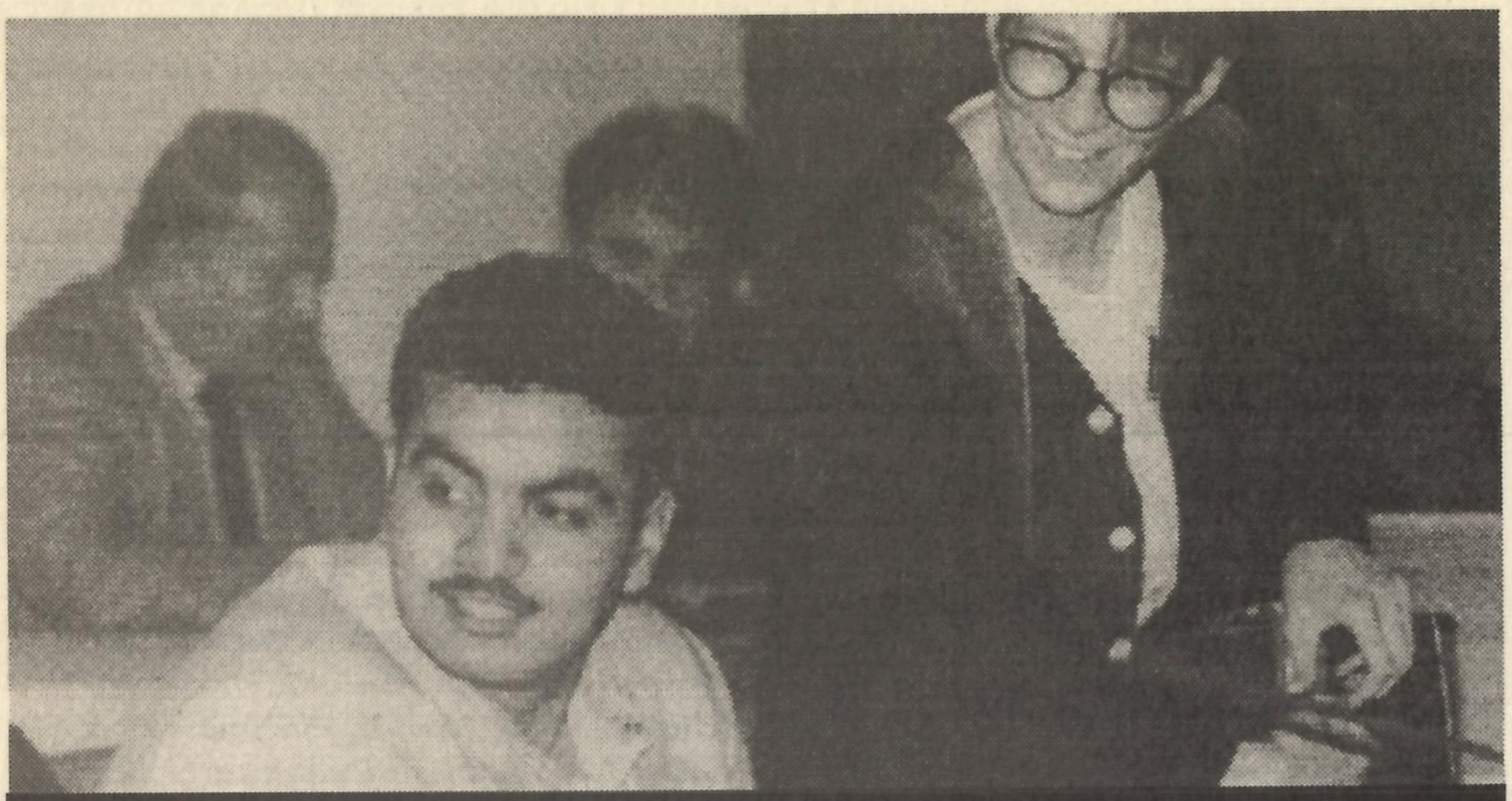
Eine Juristenvereinigung hat Untersuchungen über die Kosten von Berufungsverfahren in Todesstrafenfällen durchgeführt und festgestellt, daß sich die Kosten etwa auf ein bis drei Millionen US-Dollar je Verfahren belaufen. Das liegt zum einen daran, daß die Verfahren über Jahre hinweg geführt werden und die Anwälte ausschließend mit einem Fall beschäftigt sind. Zum anderen liegt die angebliche Tat oft sehr weit zurück, so daß die Suche nach Zeugen sehr schwierig ist. In einem Berufungsverfahren muß die gesamte Tatsituation sowie der Prozeß, in dem das Urteil gesprochen wurde, rekonstruiert werden. Das ist extrem teuer. Im Prozeß gegen Angela Davis im Jahre 1972 beispielsweise beliefen sich die Kosten auf eine Million Dollar - innerhalb eines Jahres.

Hat Abu-Jamal denn genügend Geld zur Verfügung?

Nein. Er hat bislang nur einen Bruchteil der veranschlagten Summe durch Spenden zusammenbekommen. Damit werden vor allem die Privatermittler bezahlt sowie Gutachter und die Protokollierung der Verhandlungen. Anders als im bundesdeutschen Rechtssystem werden in den USA Wortprotokolle der Verhandlungen geführt, die die Verteidigung selbst bezahlen muß. Mittlerweile umfassen die Protokolle in Mumias Fall mehrere tausend Seiten. Außerdem werden von den Spenden vier AnwältInnen bezahlt. Das gespendete Geld hat es uns ermöglicht, Veronica Jones zu finden. Aber jetzt haben wir keine Mittel mehr, um andere, den weiteren Prozeßverlauf entscheidend beeinflussende, ZeugInnen zu suchen. In Mumias Fall entscheidet eine ausreichende finanzielle Unterstützung über Leben und Tod.

Interview: Heike Kleffner

Spenden an
Sonderkonto Mumia-Jamals/Archiv 92,
Bank für Gemeinwirtschaft Bremen,
BLZ 290 101 11, Konto-Nr. 1008 738 701



„Grenze des Zumutbaren": Safwan Eid mit seiner Verteidigerin Gabriele Heinecke

LÜBECKER PROZESS

Im Strafverfahren gegen Safwan Eid gibt sich die Staatsanwaltschaft alle Mühe, den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu vermeiden

Es muß eine schreckliche Nacht für Deutschland gewesen sein, als am 18. Januar in Lübeck zehn Ausländer verbrannten. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis klagte: „Die Lübecker tun mir fast genauso leid wie die Opfer." Und Bundespräsident Roman Herzog drohte wem?- : „Sollte es sich urn einen Anschlag handeln, dann geht mir die Geduld allmählich zu Ende." Seine Geduld mußte nicht zu Ende gehen. Die Lübecker Staatsanwaltschaft versuchte zu beweisen, daß eines der Opfer in Tateinheit als Täter, daß also Safwan Eid das Haus angezündet hatte, bevor er sich dort mit seinen Angehörigen zur Ruhe begab.

Da brach Erleichterung aus in Deutschland und in all seinen Organen. „Sollte es sieh erweisen, daß den Brand von Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat", so übte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" erst einmal im Konditionalis, dann würden es „alle etwas schwerer haben", die „mit der Nazikeule* auf Deutschland zuschlagen gewohnt sind". Und mitten aus dem Brandherd Deutschland, aus dem Brennpunkt - so der Duden für »Focus« - frohlockte Helmut Markwort ganz unverkrampft: »Ich fühle mich erleichtert, daß kein Deutscher die schreckliche Tat von Lübeck begangen hat."

Der Prozeß gegen Safwan Eid, der kein Deutscher ist, hat inzwischen in Lübeck begonnen. Für den Endsieg der Staatsanwalt schaft ist es entscheidend, daß sie den auf Antrag der Verteidigung vom Gericht bestellten Brandsachverständigen Ernst Achilles aus dem Verfahren herausschießt. Er hat die Gutachten von Landes- und Bundeskriminalamt entkräftet, die zweifelsfrei nachgewiesen haben wollen, daß der Brand im ersten Stock gelegt wurde, mit Benzin oder einem anderen Brandbeschleuniger, der bergauf geflossen sein müßte, um über die Treppe nach unten zu gelangen. Diesem Beweis dient auch eine Spanplatte vom so festgestellten Brandherd, die mitsamt ihren originären tiefen Brandspuren aus dem Gewahrsam der Kriminalpolizei sorgfältig entschwunden ist. Achilles hatte bereits im März in der WDR-Sendung »Monitor« aufgrund ihm vorliegender Videoaufnahmen diese von der Staatsanwaltschaft übernommene und zu einer Täterschaft Sawfan Eids ausgebaute Version bezweifelt. Bei einer Besichtigung des Brandhauses am 2. April, zu der die Staatsanwaltschaft eingeladen, aber nicht erschienen war, kam er zu dem Ergebnis, daß auch andere Brandentstehungsmöglichkeiten bestehen, als die in den vorliegenden Gutachten angegebenen. Das allein schon genügte der Staatsanwaltschaft zu ihrer Feststellung: Weil Achilles sich „frühzeitig auf den „Vorbau" des Hauses Hafenstraße 52 als von der Verteidigung favorisiertem Ausgangspunkt des Brandgeschehens festlegte", sei er wegen der Besorgnis der Befangenheit abzulehnen"

Festgelegt hatte sich Achilles in Wahrheit nur darauf, daß es auch andere Möglichkeiten der Brandentstehung gibt, als die von den LKA- und BKA-Gutachtern zu ungunsten von Eid angenommenen. Die bei Achilles erkennbaren Zweifel an den amtlichen Gutachten genügen der Lübecker Staatsanwaltschaft für den Versuch, einen vom Gericht bestellten Gutachter aus dem Verfahren zu entfernen. Zweifel an der Anklage dürfen nicht erlaubt sein. Staatsanwalt Dr. Bückenhauer stellte dazu noch seinen besonderen Humor unter Beweis, indem er bei der Verlesung seines Befangenheitsantrages gegen Prof. Dipl.-Ing. Achilles stets von „Professor Dippeling" sprach.

Der Befangenheitsantrag der Staatsanwaltschaft wurde publizistisch im WDR-Hörfunk von einem Beitrag der »FR«-Korrespondentin Ingrid Müller Münch begleitet, der sich gegen den »Experten für Ferndiagnosen« Achilles richtete, der »in einem Fernsehmagazin« - gemeint war WDR-»Monitor« - aufgetreten sei, obwohl es sich doch bei ihm um einen Sachverständigen von zweifelhafter Glaubwürdigkeit handele. Zuvor hatte sie schon im eigenen Blatt die »pedantisch-genaue Art« des einzigen Belastungszeugen der Anklage gewürdigt - des »leidenschaftlich seinen ehrenamtlichen Sanitätsberuf ausübenden Jens L.«, der »die ihm von den Verteidigerinnen des Angeklagten vorgehaltenen Widersprüche in Details souverän zu erklären« wußte. „Das jedenfalls war der Eindruck der Berichterstatter", fügte sie hinzu, und die »Frankfurter Rundschau« strich diesen ersichtlich falschen Satz nicht.

Denn dieser Jens L. verwickelte sich während des Verfahrens immer mehr in Widersprüche. Außer dem Satz »Wir waren's«, den er von Safwan Eid im lärmerfüllten Bus gehört haben will - und der ebenso (s. KONKRET 5/96) »Die waren's« gelautet haben könnte - bot er nur verwirrende Aussagen,

*Nazikeulen das muß man Sprachkundigen erläutern, sind an dieser Stelle nicht die Baseballschläger, die junge Vertreter der Selbstbewußten Nation gegen Ausländer schwingen, Nazikeulen sind vielmehr Zeitungsartikel, die solch ein Keulenschwingen in Deutschland konstatieren und davor warnen.

die er Eid gehört zu haben vorgab. Die aber offensichtlich aus Polizeiprotokollen stammen: Es habe Streit mit einem Hausbewohner oder Familienvater gegeben, man wollte sich rächen oder Rache nehmen. Man habe Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einem Gefäß, einer Flasche oder einem Becher angezündet. Das alles habe ihm Safwan so im Bus gestanden.

Für Jens L. steht viel auf den Spiel: Eine Aussage, die Safwan Eid entlastet, würde den Rettungssanitäter 50.000 Mark kosten - so hoch ist die Belohnung, die ihm verlorengeht, wenn seine Aussage nicht Sawfan Eid als Täter überführt. Und da war es schon gut, daß zur Vorbereitung dieses Zeugen ein Treffen stattgefunden hat, an dem auch die „Zeugen vom Hörensagen - also diejenigen, denen L. das angebliche Geständnis Eids am selben Tag weitererzählt hatte, teilnahmen. Das war, gleich nach der Freilassung Safwan Eids aus der Untersuchungshaft, am 8. Juli an einem besonderen Ort, nämlich in den Räumen der kaum zuständigen Wasserschutzpolizei. Wer dieses Treffen einberief, ist bis jetzt unbekannt. Mit dabei aber waren auch - und das ist unter rechtlichen Gesichtspunkten eigentlich unmöglich - der Leiter des für die Ermittlungen zuständigen Kommissariats 1, Kriminalhauptkommissar Giesenberg, und der ermittelnde Staatsanwalt und heutige Ankläger Böckenhauer. Der ebenfalls anwesende Kriminalhauptkommissar Stebner soll nach Ermittlungen der Verteidigung dem Kronzeugen L, mit den Worten „Das ist nicht so schlimm, das schaffst du" zum „Durchhalten" ermuntert haben.

Nötig war diese Ermunterung in jedem Fall. Denn in der Verhandlung stellte sich heraus, daß L. an den Übungen einer Gotcha-Wehrsportgruppe teilgenommen hatte, die von seinem Freund, dem an dem Treff beteiligten Zeugen Mathias H. geleitet wird. »Die Spur nach Grevesmühlen ist voll kommen abgearbeitet«, hatte die Staatsanwaltschaft noch kurz vor dem Treff gegenüber der „Jungen Welt" versichert. Doch in Schleswig-Holstein gibt es nicht nur eine Staatsanwaltschaft, deren Intelligenzgrad oder deren verläßliche Parteilichkeit zureichend dadurch beschrieben ist, daß sie sich von den Grevensmühlener Niemals-Tätern erzählen läßt, der eine habe sich seine frisch verbrannten Haare durch das Quälen eines Hundes mittels brennendem Haarspray, ein anderer durch das Prüfen eines Benzintanks mit offenem Feuer geholt und ein dritter durch Hantieren am Kohleofen, und die dann zu dem Schluß - credo, quia absurdum - kommt, dies alles sei „nicht zu widerlegen.

Es gibt in diesem seltsamen meerumschlungencn Land auch einen linksliberalen Generalstaatsanwalt, von dem man hoffte, daß er den aus Barschels Zeiten hinterbliebenen genius loci vergessen machen würde. Doch Heribert Ostendorf, Hamburger Ordinarius für Strafverfahrensrecht und Kriminalpolitik, seit 1988 Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, hat in ebendieser Funktion — also mit dem offiziellen Briefkopf "Der Generalstaatsanwalt" - sich an den WDR gewandt, in dem Wahn, es handele sich um - wie im Brief ausdrücklich geschrieben steht - eine „staatliche Rundfunkanstalt«. Dem Juristen ist somit der Unterschied zwischen Staatsfunk und öffentlich- rechtlichen Anstalten nicht geläufig, Und das erklärt den Inhalt seines Briefes. Ihm hatte die „Monitor-Sendung vom 7. März nicht gefallen, die erstmals in einer größeren Öffcntlichkeit Zweifel an Safwan Eids Schuld verbreitet und den Verdacht geweckt hat«, daß Lübecks Staatsanwaltschaft den Falschen verhaftet habe, um nicht dem Verdacht eincr Tat von Rechtsextremisten nachgehen zu müssen. Der Generalstaatsanwalt empört: „Hier aber ist die Grenze des Zumutbaren überschritten und deshalb beschwere ich mich über diese „Monitor"-Sendung mit der anschließenden „Nachfrage"-Sendung. Hatte der Generalstaatsanwalt besondere Beweise für den Pflichteifer seiner Staatsanwälte? Aber ja: „Wer die Ermittler persönlich kennt, weiß, daß sie über jeden Verdacht erhaben sind, einem politischen Druck in welche Richtung auch immer nachzugeben, insbesondere rechtsradikale Täter zu schonen." Bei den ermittelnden Staatsanwälten handele es sich doch schließlich um Angehörige des linken politischen Lagers, nämlich der SPD-nahen Neuen Richtervereinigung und der ÖTV. Wenn es einen Skandal zu vermelden gäbe, dann nicht bei der Staatsanwaltschaft, sondern bei der „Monitor"-Redaktion.

Inzwischen sollen auch die Angehörigen der Opfer zu Hilfsorganen der Staatsanwaltschaft gegen Safwan Eid umfunktioniert werden. Am vierten Prozeßtag stellte der Nebenkläger Diavusumaca Joao Bunga, der in der Brandnacht Frau und Kind verlor, ebenfalls einen Befangenheitsantrag gegen Achilles. Doch am fünften Verhandlungstag stellte sich heraus, daß Bunga, der sich nur über eine vom Gericht gestellte Dolmetscherin verständigen konnte, von diesem seinem Antrag überhaupt nichts gewußt hatte. Sein ihm per Rechtshilfe zugewiesener Anwalt Ulrich Haage hatte den Antrag ohne Bungas Wissen und, wie sich jetzt herausstellte, gegen dessen Willen gestellt. Bunga entzog ihm sein Vertrauen - doch dieser ungewöhnliche Rechtsanwalt, dem man nicht nachsagen kann, daß er anderer Leute Vertrauen nicht genießt, wollte nicht weichen. Bunga, der nicht mehr auf der Nebenklägerbank neben ihm sitzen mochte, entschwand mit seinem neuen Anwalt Mathias Wagner ins Publikum. Wagner zuvor zum Vorsitzenden Richter über den Kollegen Haage: „Er ist in keiner Funktion mehr hier."

Da hatte er sich aber sehr getäuscht. Denn Haage funktioniert in diesem Verfahren der seltsamen Nebenumstände weiter, vorzüglich sogar. Kaum hatte am sechsten Verhandlungstag - der Vorsitzende Richter Wilcken Haage seines Mandats für Bunga entbunden, da zog der gelenkige Anwalt ein neues Mandat aus der Tasche, diesmal von einem noch nicht vertretenen Mitglied der Familie el-Omari, die zwar an eine Schuld Safwan Eids nicht glaubt, mit seiner Familie aber seit einigen Wochen in Streit geraten ist oder wurde. Und der würdige, weißhaarige Rechtsanwalt Wolfgang Clausen, der seit Prozeßbeginn den größeren Teil der Familie el-Omari vertritt, hatte zur sichtbaren Befriedigung der Staatsanwaltschaft den Befangenheitsantrag gegen Achilles übernommen, den Haage für Bunga gestellt hatte und zurückziehen mußte. Die Familie el-Omari besitzt nur eine für ein Jahr gültige Aufenthaltserlaubnis, Bunga dagegen hat eine nicht begrenzte und kann sich so einen eigenen Willen leisten.

Die Chancen der Staatsanwaltschaft, Safwan Eid irgendeine Brandlegung nachzuweisen, stehen schlecht. Die Aussagen der Feuerwehrleute insbesondere am sechsten Verhandlungstag machen einen Brandherd im Eingangsbereich des Hauses immer wahrscheinlicher, der die Angaben des Sachverständigen von BKA und LKA widerlegen würde. Doch die Anklage setzt Hoffnung auf ein Papier, das manchen Zwecken zu dienen vermag. Der Sachverständige Achilles hatte auf den bemerkenswerten Umstand verwiesen, daß eine noch nicht verbrauchte Toilettenpapierrolle im Klo über dem »Deckendurchbrand" am angeblichen Brandentstehungsort im ersten Stock unversehrt und ohne Brandspuren geblieben ist. Doch genau auf dieses dünne Material scheinen die Ankläger ihre letzte Hoffnung zu richten. Oberstaatsanwalt Schultz zur „Süddeutschen Zeitung": „Die Klorolle? Da warten Sie mal ab. Das wird noch interessant."

Otto Köhler in Konkret Nr. 11 1996

Ein Monat wie jeder andere auch

Rassismuschronik
Quelle: jW

1.11.

• Nach dem Angriff auf zwei britische Studenten in Oranienburg verhaftet die Polizei zwei geständige Männer, die von der Staatsanwaltschaft der rechten Szene zugerechnet werden. Die Studenten wurden zusammengeschlagen und dabei schwer verletzt, die Täter befinden sich wieder auf freiem Fuß.

• Drei 13-jährige Italienerinnen werden in Schöneiche von drei männlichen Deutschen mit Fahrrädern angefahren, beschimpft und bespuckt. Die Täter flüchten.

• Die Bundesregierung teilt auf eine kleine Anfrage der PDS mit, daß die Anzahl „fremden"-feindlicher Straftaten in der BRD gestiegen ist. Das BKA zählte im August bundesweit 153 „Delikte mit ausländerfeindlichem Hintergrund". Im Juli dagegen waren es offiziell 144, im Juni 110.

• Bayern schiebt zwei weitere bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge ab.

2./3.11.

• Bei der Vorstellung einer Studie zu ehemaligen VertragsarbeiterInnen in der DDR weist die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Schmalz-Jacobsen darauf hin, daß sich noch ca. 15.000 DDR-Ver-tragsarbeiterInnen in der BRD aufhalten. 1989 waren es noch 91.000. Sie seien gegenüber anderen AusländerIn-nen benachteiligt, weil für die Erteilung einer dauerhaften Aufenthaltsberechtigung die DDR-Jahre nur zur Hälfte angerechnet werden. In der DDR erledigten sie unbeliebte Arbeiten und lebten in Wohnheimen, in denen häufig Razzien stattfanden. Vietnamesinnen und Mosambikanerinnen, die schwanger wurden, mußten abtreiben oder das Land verlassen. Schon seit Mitte der siebziger Jahre hätten sich „ausländerfeindliche" Übergriffe gehäuft, was angesichts der staatlich verordneten internationalen Solidarität verschwiegen und tabuisiert worden sei.

• Die Staatsanwaltschaft Köln erhebt Anklage gegen zwei evangelische Geistliche wegen „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz", da sie einem Roma in der Kirche Asyl gewährt haben.

• Die Gewerkschaft der Polizei weistden Vorwurf des Rassismus in Fahndungsformularen zurück, in denen Begriffe wie „negroides" oder „slawisches" Aussehen verwendet werden.
Die Initiative SOS-Rassismus hatte darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizei Begriffe der NS-Rassenlehre benutzt und damit zu rassistischer Stereotypenbildung beiträgt.

• Der BGS hat 26 unbegleitete Kinder aus der Türkei im Alter von drei Monaten bis 15 Jahren zwei Tage lang im Transitbereich des Frankfurter Flughafens festgehalten, ohne das Jugendamt oder den Flughafensozialdienst zu ihnen zu lassen.

4.11.

• Auf dem Landesparteitag der Berliner CDU stimmen die Delegierten für eine schnelle „Rückführung" bosnischer Flüchtlinge. Der Berliner CDU-Chef Diepgen vertritt die Ansicht, daß der Waffenstillstand die Rückkehr der Flüchtlinge ermögliche und damit auch die Reduzierung der Sozialhilfe gerechtfertigt sei.

• Ein türkischer Asylbewerber wird in einer Potsdamer Diskothek von zwei Jugendlichen mit „ausländerfeindlichen" Parolen beschimpft und geschlagen. Das Opfer muß ambulant behandelt werden, einer der Täter wird festgenommen.

5.11.

• Bayern schiebt erneut drei bosnische Bürgerkriegsflüchflinge ab.

6.11.

• Die beiden wegen „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" angeklagten Pfarrer werden freigesprochen, da ihnen eine Tatbeteiligung nicht nachgewiesen werden kann. Der Richter betont, daß die grundsätzliche Rechtmäßigkeit von Kirchenasyl bei dem Freispruch keine Rolle gespielt habe. Nach Angaben des Pfarrers Mörtter befinden sich derzeit 110 Flüchtlinge im Kirchenasyl.

• Der frühere EU-Administrator Koschnick warnt vor der Rückführung bosnischer Flüchtlinge. Wer eine schnelle, auch zwangsweise Rückkehr betreibe, werde sich „an dem Tag, an dem die ersten Flüchtlinge erschlagen werden", der Verantwortung dafür stellen müssen.

7.11.

• Vermutlich infolge von Brandstiftung brennt ein jugoslawisches Restaurant in Berlin aus. Personen werden nicht verletzt.

• Nach einem Angriff auf zwei Asylbewerber aus Zaire, bei dem die Opfer verletzt werden, werden drei Männer in Regensburg festgenommen.

• Der türkische Staatspräsident Demirel gibt Folterungen und andere Menschenrechtsverletzungen in seinem Land zu, wird von Herzog, Kohl und Kinkel empfangen und hat nach eigenen Angaben „gute Signale" von Kohl bezüglich seines Wunsches nach EU-Vollmitgliedschaft empfangen.

• Auf einer Pressekonferenz wird der Fall des Kurden Ismet Bozdag bekannt: Trotz eines laufenden Asylverfahrens wurde er im März 94 abgeschoben, in der Türkei festgenommen, verhört und gefoltert. Nach seiner Freilassung tauchte er unter. Der zuständige Landkreis Osterholz entschuldigte sich später, die rechtswidrige Abschiebung sei ein Versehen gewesen. Das Verwaltungsgericht verdonnerte die Ausländerbehörde zur Übernahme der Reisekosten zwecks Fortführung des Verfahrens. Weil sich sein Anwalt Eberhard Schultz persönlich in der Türkei für ihn einsetzte, konnte er nach einigen Komplikationen ins Flugzeug steigen. Doch in Frankfurt schickte ihn der BGS abermals zurück; Bozdag mußte erneut untertauchen. Durch erneuten Einsatz von RA Schultz, einer Europaabgeordneten der Grünen sowie des Niedersächsischen Flüchtlingsrates, der 5.000 Mark Sicherheitsleistung bei der deutschen Botschaft hinterlegte, konnte Bozdag jetzt schließlich in die BRD einreisen.

9./10.11.

• Erneut akut abschiebungsbedroht sind 16 der 22 nigerianischen Flüchtlinge, die im Sommer in eine Kirche in Hannover geflüchtet waren und dort einen Hungerstreik machten, mit dem sie erreichten, daß die Behörden versprachen, keine „aufenthaltsbeendeten Maßnahmen" einzuleiten, bis die Gerichtsverfahren abgeschlossen seien. Unter Androhung von Zwangsvorführung werden sie aufgefordert, sich in der Botschaft Nigerias in Bonn einzufinden, um sich Paßersatzpapiere ausstellen zu lassen. Dort droht ihnen aufgrund ihrer politischen Arbeit die Gefahr der sofortigen Verhaftung.

• Zwanzig türkische Untersuchungshäftlinge in Berlin-Moabit beenden einen einwöchigen Hungerstreik, nachdem ihnen Verbesserungen ihrer Haftbedingungen zugesichert werden.

• Einen Tag vor dem 58. Jahrestag der Novemberpogrome droht ein Unbekannter telefonisch damit, das Centrum Judaicum in Berlin in die Luft zu sprengen.

11.11.

• Das seit langem zwischen der BRD und Bosnien-Herzegowina verhandelte Abkommen über die Rückkehr bosnischer Flüchtlinge ist offenbar „perfekt". Mit dem Abkommen werde die „geordnete Rückführung" der 220.000 Flüchtlinge möglich, so Kanther. Bis jetzt hat Bayern als einziges Bundesland mindestens sieben Menschen abgeschoben. In Berlin wird Psychoterror mit den Flüchtlingen betrieben. Über tausend wurde bereits der Paß eingezogen und eine auf wenige Wochen befristete „Grenzübertrittsbescheinigung" ausgestellt. Die Ausländerbehörden drohen ihnen, sie könnten jederzeit abgeschoben werden. Diejenigen, die den Druck nicht aushalten und ausreisen, müssen schriftlich erklären, daß sie Deutschland freiwillig verlassen und müssen sich verpflichten, alle beim Verwaltungsgericht erhobenen Klagen zurückzunehmen.

• Anläßlich des 58. Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November kommt es in mehreren Orten Deutschlands zu Neo-Nazi-Veranstaltungen. In Bonn und Braunschweig schützt die Polizei die Nazis, mehrere AntifaschistInnen werden festgenommen. Im Verlauf einer antifaschistischen Gedenkdemonstration in Berlin nimmt die Polizei 22 TeilnehmerInnen fest und verhindert eine Kranzniederlegung für die unter Hitler ermordete jüdische Sozialistin Mathilde Jacob.

12.11.

• Die Kette von Angriffen auf Aus-länderInnen in Brandenburg reißt nicht ab. In Eisenhütten-

stadt wird ein sudanesischer Asylbewerber von drei Männern angegriffen, beleidigt und geschlagen. Das Opfer flieht in ein Haus, dessen BewohnerInnen die Polizei verständigen.

• Der Berliner CDU-Fraktionsgeschäftsführer Hapel bezeichnet hohe „Ausländeranteile" an der Bevölkerung wie in den Bezirken Kreuzberg, Wedding und Tiergarten als „tickende Zeitbombe". Erforderlich sei eine „Integrationsquote". Wenn sie in einem Wohnblock erreicht sei, dürfe danach kein Ausländer mehr einziehen. Eine zu starke Konzentration führe zu Ghettobildung und zur Verdrängung deutscher Mieter.

• Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft legt seinen Abschlußbericht zum Hamburger Polizei-Skandal vor. Darin wird eine generelle rassistische und rechte Haltung der Polizei-Beamten bestritten. Bestätigt wird nur, daß es eine Reihe von Übergriffen gegeben hat, die „ausländerfeindlich" motiviert waren.

• Im Prozeß gegen acht frühere Polizisten der Wache Bernau wegen Mißhandlung von VietnamesInnen sagt ein weiterer vietnamesischer Zeuge aus, daß er sich auf der Wache nackt ausziehen mußte und dann geschlagen worden sei.

• Erstmalig kommen im Prozeß um den Lübecker Brandanschlag ehemalige BewohnerInnen des Flüchtlingsheimes zu Wort, die nicht der Familie Eid angehören. Die ZeugInnen berichten, daß Safwan Eid bei der Rettung von BewohnerInnen aus dem Haus geholfen habe und daß es mehrere Möglichkeiten gegeben hat, von außen in das Haus einzudringen. Desweiteren bestätigen sie die freundschaftlichen Kontakte im Haus.

13.11.

• Ein libanesischer Asylbewerber wird in Frankfurt/Oder von Jugendlichen mit „ausländerfeindlichen" Parolen beleidigt und mit einem Gegenstand im Gesicht verletzt.

• Die KollegInnen der angeklagten Bernauer Polizisten sagen aus, daß sie von den Mißhandlungen erst aus der Presse erfahren haben. Mal wieder von nichts gewußt...

14.11.

• Der Bundestag beschließt die Novelle zum Ausländer- und Asylverfahrensgesetz. Eine Abschiebung ist demnach auch bei anerkannt politisch Verfolgten möglich, wenn sie an einer verbotenen Demonstration teilnehmen und wegen Landfriedensbruch verurteilt werden oder bei einer Verurteilung zu Haftstrafen von mindestens drei Jahren. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nur dann ausgewiesen werden, wenn sie eine schwerwiegende Gefahr für die Sicherheit und Ordnung eines Landes darstellen. Jugendliche und junge Erwachsene, die hier aufgewachsen sind, sind bei Verurteilungen ab zwei Jahren von Verbannung in das Herkunftsland ihrer Eltern bedroht. Der innenpolitische Sprecher der CDU schwafelt von der notwendigen Begrenzung des Zuzuges Nichtdeutscher, um „die Integrationsfähigkeit der Bevölkerung nicht überzustrapazieren". „30% der gemischtnationalen Ehen sind Scheinehen", sagt er weiter zur Begründung, warum selbst schwer mißhandelte Ehefrauen nach dem neuen Recht noch mindestens ein Jahr bei ihrem Peiniger bleiben müssen, ehe sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen. Gesetzlich abgesichert wird auch, daß Nichtdeutsche von Polizei bzw. BGS bei Behörden und Vertretungen ihres Herkunftslandes zur Vorbereitung „ausländerrechtlicher Maßnahmen", meist Abschiebungen, zwangsvorgeführt werden können.

• Der Hamburger CDU-Politiker Andreas Kühn spricht nach einer Auseinandersetzung zwischen BewohnerInnen der Harburger Flüchtlingswohnschiffe und der Polizei von „Asylparasiten, die man sofort ins Flugzeug stecken sollte". In einem Interview in der MoPo präzisiert er die Verwendung des Begriffes „Parasiten": „Ein Parasit ist ein Lebewesen, das sich auf Kosten anderer ernährt und ihn dabei drangsaliert, ausnutzt und quält." Denn „ein Teil von Asylanten ist hierher in unser Land gekommen, um sich auf Kosten unserer Gesellschaft zu bereichern. Diese Kreise profitieren von einer überzogenen Toleranz gegenüber Ausländern. Ein solches Verhalten ruft den Zorn der Bürger hervor."

15.11.

• Eine schwerverletzte Chinesin wird nach einem Selbstmordversuch abgeschoben. Aus Angst vor der Rückkehr nach China hat sie sich nach der Ablehnung ihres Asylantrages im Knast Preungesheim schwere Verletzungen am Unterleib zugefügt.

• CDU/CSU planen für den Wahlkampf 98 bereits eine neue, das deutsche Stammtischvolk zusammenschweißende Angstkampagne gegen alles Nichtdeutsche. Der CSU-Politiker Protzner meint: „Wir müssen ein Tabu brechen. Die organisierte Kriminalität hängt in großem Umfang mit Ausländern zusammen." CDU-Generalsekretär Hintze sekundiert: „64% der Tatverdächtigen sind Ausländer aus 87 Nationen." Die Union will deshalb „entsprechende Maßnahmen bis ins Ausländerrecht hinein" ergreifen, kündigt Protzner eine neue Welle von Gesetzesverschärfungen an.

16. /17.11.

• Fünf ehemalige Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes A.S.S., die als Wachleute in der Ausländerbehörde Hamburg tätig waren, stehen wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung vor Gericht. Anfang 95 sollen sie in mindestens acht Fällen BesucherInnen der Ausländerbehörde zusammengeschlagen haben. Gegen zwei Beschuldigte wird das Verfahren wegen Geringfügigkeit gegen eine Geldstrafe von 2.000 Mark eingestellt. Zwei weitere erhalten Bewährungsstrafen von einem Jahr sowie Geldstrafen von 1.750 bzw. 3.500 Mark. Der mehrfach vorbestrafte Hauptangeklagte muß anderthalb Jahre in den Knast. Zahlreiche Opfer und ZeugInnen sind bereits abgeschoben worden, wie üblich. Mehrere Zeugen hatten bestätigt, daß es häufig zu Mißhandlungen in der Ausländerbehörde komme. So sei Oktai K. der Einlaß verwehrt worden, als dieser einen Freund in die Ausländerbehörde begleiten wollte. Nach wiederholter Bitte, ihn einzulassen, hätten ihn mehrere Wachleute umringt. K. sei dann mehrfach geschlagen, in einen Fahrstuhl gedrängt und in ein Büro im vierten Stock gebracht worden. Dort sei er von den angeklagten Wachleuten geschlagen und getreten worden. Mißhandelte Opfer, so Zeugen, trauten sich aufgrund ihres unsicheren Aufenthaltsstatus jedoch nie, Anzeige gegen die Schläger zu erstatten. Sogar die Staatsanwaltschaft räumt ein, daß es sich bei den im Prozeß offensichtlich gewordenen Vorfällen nicht um Einzelfälle handele, sie seien lediglich die Spitze eines Eisberges. Unglaublich aber wahr - Nazideutschland lebt.

• Der 34jährige bosnische Flüchtling Senad Becirovic begeht in Berlin Selbstmord, nachdem seine weitere Duldung abgelehnt und sein Paß eingezogen wird. Becirovic hatte vorher mehrfach erklärt, daß er nicht nach Bosnien zurückkehren könne. Schon vor ein paar Wochen hat eine bosnische Romafrau einen Selbstmordversuch unternommen.

18.11.

• Ein polnischer Vertragsarbeiter ist am15.11. in Potsdam von zwei Unbekannten angegriffen und mit einer Waffe auf den Kopf geschlagen sowie mit Reizgas besprüht worden. Der Mann mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

21.11.

• Ein Rückübernahmeabkommen haben Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) und der bosnische Minister für Flüchtlinge und Emigration, Nudzeim Recica, unterzeichnet. Damit ist der Weg für Abschiebungen nach Bosnien frei, auch wenn Kanther und Recica erklärten, es sei wünschenswert, daß möglichst viele der 320000 Flüchtlinge freiwillig zurückkehren.Kanther sagte, Deutschland habe mit der Aufnahme der Flüchtlinge seine humanitären Verpflichtungen „in höchstem Maße" erfüllt. Jetzt müßten sie allerdings wieder zurückkehren, um beim Aufbau ihrer zerstörten Heimat mitzuhelfen.
Ohne das Abkommen abzuwarten hatte Bayern seit dem 1.10. bereits mindestens 13 Flüchtlinge abgeschoben. Jetzt erklärte der bayerische Innenminister Beckstein, das Abkommen zeige, daß die Rückführung „im beiderseitigen Interesse ist und daß eine Rückführung mit Augenmaß auch von der bosnischen Seite akzeptiert wird". Der Abschluß mache deutlich, „wie unberechtigt die bisweilen bösartige Kritik" an der bayerischen Rückführungspraxis gewesen sei.
Das Abkommen ist nur auf massiven Druck der deutschen Regierung zustande gekommen!

etc. etc. etc. ...

Hat unsere Polemik im oktober-Programm, mit der wir das öffentliche Schweigen der Oldenburger Autonomen zum deutschen Rassismus und Nationalismus nach Lübeck (Ausnahme C&V) brechen wollten nun etwas gebracht oder nicht? Betrachtet mensch die Menge der LeserInnenbriefe im letzten Programm, könnte diese Frage mit ja beantwortet werden, schaut mensch sich jedoch die Inhalte dieser Papiere an, ist die Ernüchterung groß. Sicher liegt dies auch daran, daß wir mit unserer Polemik an einigen Punkten übertrieben oder zu sehr verallgemeinert haben und die Leute aufgrund unserer scharfen Kritik an „den Autonomen" nicht mehr dazu in der Lage waren, klare Gedanken zu fassen, doch erklärt dies allein die kollektive Ablehnung unseres antinationalen und antideutschen Ansatzes und die konsequente Weigerung im Alhanbra-Programm über den spezifischen deutschen Rassismus diskutieren zu wollen?

Wenn 4711 zum Schluß der LeserInnenbriefe fordert: „Zurück zu einer Diskussion nicht zwischen Splittergruppen, sondern aller Gruppen im Alhambra, die gegen Rassismus praktisch und theoretisch Stellung beziehen wollen!", so können wir die Forderung für die Zukunft nur unterstützen. Unverständlich bleibt an diesen Satz jedoch zweierlei:

I. Das „Zurück": Wo bitte hat diese Diskussion jemals im Al-hambra stattgefunden und wo sind diese Nicht-Splittergruppen in den vergangenen Monaten, in denen C & V und wir diese Auseinandersetzung eingefordert haben, gewesen???

2. Die „Splittergruppen": Wodurch definiert ihr eine Splittergruppe, die für die Diskussion irrelevant ist. Warum werden wir und C&V darunter subsumiert, die übrigen Gruppen im Alhambra aber nicht ? Vielleicht weil wir nicht an einen antirassistischen Massenkonsens in Deutschland glauben wollen ?

Wir wollen mit dieser Stellungnahme versuchen, einen Beitrag zu dieser inhaltlichen Diskussion zu leisten. Dabei beziehen wir uns auf einige Punkte der LeserInnenbriefe, wollen dabei aber nicht aus dem Kopf verlieren, daß es - wie C&V zu recht schreiben - eigentlich um Rassismus ging und gehen sollte.

Auf die wüsten Auslassungen des ersten Leserbriefschreibers, der uns als „potentielle Gefahr" und „stinkenden Dreck für die Restmülltonne" diffamiert, wollen und können wir nicht antworten. Nur eine Frage sei erlaubt: Wie kommt die Programmgruppe dazu das Geschreibsel dieses armen Paranoikers abzudrucken und in ihrer Auswahl der „schönsten" LeserInnenbriefe noch an exponierter erster Stelle abzudrucken? Kann das mal jemand erklären? Wenn das schön sein soll, dann graust uns vor dem Gedanken an die weniger „schönen" Ausmerzungsgedanken, die ihr lieber im Schuber gelassen habt.

Zu den Inhalten:

Es ist richtig, daß in unseren bisherigen Stellungnahmen notwendige Selbstkritik fehlt und so der Eindruck entstanden ist, wir hielten uns für unfehlbar. Den Schluß von Schreiber 1, weil auch wir poltische Fehler gemacht haben und weiter machen, dürften wir keine Kritk an „den Autonomen" üben, halten wir jedoch für falsch und fatal. Damit würde eine Weiterentwicklung revolutionärer Politikansätze total blokkiert. Folgt mensch dieser Argumentation, dürften Jutta Ditfurth, Thomas Ebermann, Rainer Trampert... sich heute nicht zu den Grünen äußern oder Inge Viett nicht zur Bewegung 2. Juni oder zur RAF. Es ist richtig, daß Leute von Zweiundvierzig die nationalistische deutsche Friedensbewegung und nationalistische „Befreiungsbewegungen" unterstützt haben, deren Politik uns heute ernüchtert. Aufmerksamen BeobachterInnen der Oldenburger Szene dürfte jedoch nicht entgangen sein, daß wir schon seit Jahren nicht mehr an Vorbereitung und Durchführung des Ostermarsches beteiligt sind, während eine für das Alhambra viel relevantere Gruppen wie die Anti-Rep. AG gemeinsam mit PDS, MLPD und SPD Aufruf und Demobeiträge schreiben und den bedauernswerten AK Friedenswoche majorisieren.

Das deutsche Proletariat

Selbstkritisch bewerten müssen wir auch unseren vor nicht allzu langer Zeit gescheiterten Versuch mit der ALSO einen Diskussions- und Aktionszusammenhang zu initiieren. Das die ALSO eher auf Bündnisse mit den staatstragenden Gewerkschaften setzt und dabei meint, wie schon Karl Heinz Roth und die Mehrheit im Alhambra(?) „ein bißchen Rassismus" tolerieren zu müssen, haben wir in der verquasten Hoffnung auf „Proletarische Zirkel" nicht wahrnehmen wollen. Noch eine letzte Bemerkung zu den Gewerkschaften, die ja von

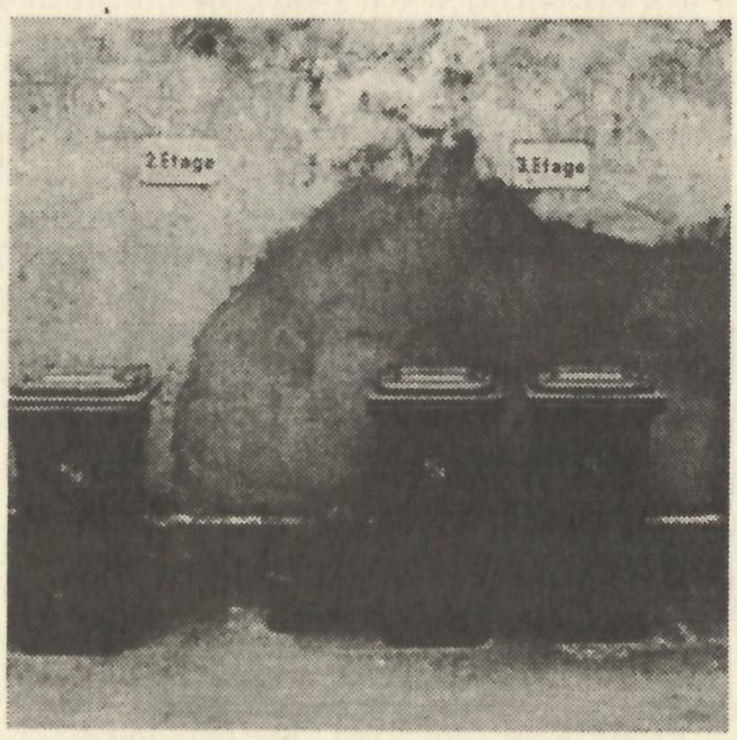
Schreiber 1 noch immer vehement gegen unsere Kritik verteidigt werden. Natürlich wissen wir wie er, daß es auch in den Gewerkschaften einige nette Menschen gibt, mit denen sich vielleicht politisch zusammenarbeiten liesse. Nur dazu müßten sie schon aus den Gewerkschaften austreten. Deren Funktion in der deutschen Gesellschaft besteht nämlich darin, jeglichen spontanen, möglicherweise systemgefährdenden Protest der Lohnabhängigen sofort zu unterdrücken, um dem Kapital den „sozialen Frieden" zu sichern. Dafür bekommen die Gewerkschaftsführer dann auch etwas von den Profiten der Unternehmen, u.a. lukrative Aufsichtsratsposten in deren Unternehmen. Das solche spontanen Streiks von der deutschen Volksgemeinschaft sowieso nicht zu erwarten sind, steht auf einem anderen Blatt. Doch der Widerstand könnte ja auch von MigrantInnen ausgehen wie z.B. 1973. Dazu schreibt das Café Morgenland:

„Als Anfang der siebziger Jahre „ArbeitsmigrantInnen" gegen die Verhältnisse hier rebellierten (die sog. Wilden Streiks und Besetzungen bei Ford in Köln) wurde der MigrantInnen-Streik oder wie die deutschen Zeitungen damals schrieben, „der Türken-Terror" mit den Mitteln des Rassismus blutig niedergeschlagen. Die Deutsche Gewerkschaft (IG-Metall), die deutsche Polizei und das deutsche Proletariat (immerhin 1000 „arbeitswillige Schlägertrupps") lieferten ihre Prügelorgien und jagten auf dem Ford-Gelände beim Sturm „ihrer" von Gastarbeitern besetzten Fabrik. BILD schrieb am 31.8.1973 die Siegesmeldung: „Deutsche Arbeiter kämpfen FORD-Werke frei". Über 80 Verletzte, 30 Verhaftungen, über 600 Entlassungen. Am nächsten Tag patroulierten die sog. „Arbeiterschutzstreifen" zu 6-7 Mann durch das Werk und setzten die Verhaftungen fort. Denn „das Land befand sich in Gefahr", wie der damalige Kanzler Willy Brandt in seiner außerplanmäßigen Ansprache an die Nation erläuterte. Der Spruch des damaligen Betriebsratsvorsitzenden bei Ford ist inzwischen Geschichte: „Dieser spontane Streik war nicht geplant."(Café Morgenland, Texte des Zorns, S.106) Seitdem herrscht Ruhe an der deutschen Arbeitsfront.

Smalltalk im Alhambra: „Die müßte man alle erschießen"

Ein noch größerer Fehler als die obenerwähnten ist uns in den vergangenen Monaten im Zuge der Debatte mit C&V unterlaufen. Im Eifer der Auseinandersetzung um Lübeck-Grevesmühlen und unsere Veranstaltung ist uns ein Satz der Stellungsnahme von C&V im Juni-Programm erst viel zu spät in seiner Tragweite bewußt geworden. Dort heißt es am Schluß: „Diese Position(gemeint ist das Café Morgenland) wurde hier mit folgender Äußerung „kritisiert": „Die müßte man alle erschießen - die haben doch keine Existenzberechtigung !" Normalerweise hätten nach einer solchen Äußerung im Alhambra alle Räder still stehen müssen, es hätten außerordentliche Plena stattfinden müssen und die Verantwortlichen hätten zur Rede gestellt werden müssen. Ein Hausverbot wäre wohl das mindeste gewesen!!! Stattdessen hat die Alhambra-Familie den Mantel des Schweigens (der Zustimmung?) über diesen Rassisten aus ihren Reihen gelegt, wie in jeder „guten deutschen Stube".

Womit wir beim wesentlichen Punkt wären, um den es eigentlich gehen sollte: den Rassismus. Nein, Entschuldigung, daß ist die Position von C&V. Uns geht es nicht um den Rassismus, uns geht es um den deutschen Rassismus. In diesem Unterschied sehen wir ein großes Dilemma der bisherigen Diskussion. Die Papiere von C&V und die LeserInnenbriefe erwecken den Eindruck als sei Rassismus etwas abstraktes und irgendwie in der ganzen Welt in gleicher Form vorhandenes. Dem halten wir entgegen: der deutsche Rassismus ist schon allein aufgrund des völkischen Staatsbürgerrechts, vor allem aber aufgrund der Pogrome und des Brandschatzens ganz gewöhnlicher Deutscher gegen MigrantInnen (für die letztere dann noch selbst verantwortlich gemacht werden) mit keinem Rassismus anderswo vergleichbar. Dennoch erst einmal einige allgemeine Bemerkungen



zum Rassismus. Der moderene europäische Rassismus und Antisemitismus steht im engen unauflöslichen Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus und der gleichzeitigen Etablierung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. Um den Kapitalismus zu etablieren, zu organisieren und zu regulieren, waren die Kapitalherren auf einen Apparat angewiesen, der diese Arbeit übernehmen konnte. So kam es zur Gründung der Nationalstaaten. Aus der lohnabhängigen und verarmten Bevölkerung machte dieser nun StaatsbürgerInnen, eben Deutsche, Franzosen, Engländer, usw. Damit wurde aus der sozialen Frage die nationale Frage. Wer einen Paß besaß gehörte dazu und besaß eben die Rechte und Plichten der StaatsbürgerInnen, wer keinen hatte, gehörte nicht dazu, wurde ausgegrenzt, vertrieben, zum Staatenlosen erklärt oder zum Bürger zweiter Klasse gemacht.

Deutschland - eine Halluzi-Nation

D.h. aus der Etablierung der Nationalstaaten erwuchs der moderne Rassismus, ja er war besonders in Deutschland notwendig, um eine nationale Identität zu schaffen. Zum Staatsbürger wurde hier nur, wer „deutschen Blutes" war: dies war die künstliche Geburt des „Deutschen Volkes". Denn in Deutschland hatte es anders als in Frankreich oder den anderen europäischen Staaten keine bürgerlichen Revolutionen gegeben, auf die sich eine „nationale Identität" gründen ließ. Der deutsche Nationalfeiertag wurde der Sedanstag, der Tag des militärischen Sieges über Frankreich 1871. Die Gründung des deutschen Nationalstaates speiste sich somit ideologisch aus Militarismus, Rassismus und Antisemitismus und sie führte bisher zu zwei Weltkriegen und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Das Vorhandensein einer deutschen Nation ist also nicht naturgegeben, wie z.B. 4711 meint und lächerlicherweise mit einer Landkarte zu beweisen versucht, sondern eine ideologische Konstruktion, eine Halluzi-Nation und die wahnhaften Deutschen müssen sich zur Erhaltung und ständigen Selbstversicherung ihrer „nationalen Identität" immer wieder gewaltsam gegen Nicht-Deutsche nach innen wie außen abgrenzen.Und alle negativen und angeblichen nichtdeutschen Eigenschaften werden hierzulande auf MigrantInnen sowie Juden und JüdInnen projiziert, seien es Faulheit, Unpünktlichkeit, fehlende Sauberkeit,...Entscheidend für die Diskussion im Alhambra ist daran vor allem eines: Wer vom Nationalismus nicht reden will, sollte vom Rassismus schweigen und wer meint, die Auflösung Deutschlands sei erstens völlig unrealistisch und zweitens gar nicht notwendig, zeigt damit nur, wie sehr ihm die „nationale Identität" schon zur zweiten Natur geworden ist und daß er weiter wie ein Don Quichote gegen die sog. rassistischen Tendenzen in Deutschland kämpfen will, deren Ursachen ihm (für immer?) verborgen bleiben.

4711 und die „nationale Revolution"

Gleichzeitig will er mit dem Mob von Rostock, Mölln, Mannheim, Solingen, Grevesmühlen... weiterhin die Revolution machen, die ja so viel realistischer ist, als die Auflösung Deutschlands. Auch wenn Äußerungen über die Zukunft generell gefährlich sind:

Wer weiß denn, ob nicht der nächste Weltkrieg, der vom deutschen Boden ausgeht oder der systematische Massenmord an Nicht-Deutschen durch deutsche TäterInnen viel realistischer ist als die Revolution?? Die Anzeichen für ersteres mehren sich jedenfalls eindeutig, für zweiteres fehlt hierzulande jedes Anzeichen. Das heißt im übrigen nicht, daß wir uns von der notwendigen Zielsetzung Revolution verabschiedet hätten, wie uns ja immer wieder unterstellt wird. Wir sind nur der Auffassung, daß die Revolution keineswegs von den sozialchauvinistischen, rassistischen und antisemitischen Deutschen ausgehend wird, sondern, wenn überhaupt, von den durch den Imperialismus und Rassismus im Trikont unterdrückten Menschen, die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen haben. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß die Weltrevolution nur mit der Abschaffung der Nationalstaaten gelingen kann (siehe oben). Wer diesen unbedingten Zusammenhang nicht zur Grundlage seines politischen Kampfes macht, ist kein Revolutionär, sondern allenfalls ein „Nationalrevolutionär" und von denen hatten wir in der deutschen Geschichte bereits viel zu viele. Im übrigen ist die Frage von 4711, was realistischer ist, die Revolution oder die Auflösung Deutschlands völlig hirnrissig. Seit wann betreiben die Linksradikalen Realpolitik? Hier geht es doch nicht um die Frage realistisch oder unrealistisch, sondern um die Frage inhaltlich falsch oder richtig. Wenn Du meinst, die Auflösung Deutschlands sei falsch, dann sag es und rede nicht um den heissen Brei herum.

C&V und die Authentizität

Zum Rassismusbegriff von C&V bleibt noch zu sagen, daß es neben dem beschriebenen eliminatorischen Rassismus in Deutschland vor allem unter Linken noch eine andere Form des Rassismus gibt: den positiven Rassismus. Eure Stellungnahmen gehen zumindest in diese Richtung. Wenn ihr einerseits Zweiundvierzig und „die Hamburger Oberpriester" wegen ihrer Inhalte kritisiert oder ignoriert und andererseits das Café Morgenland, das die selben Inhalte vertritt, als authentische MigrantInnengruppe feiert, stimmt etwas nicht. Wenn wir die deutsche Volksgemeinschaft entlarven und angreifen, wird dies als irrational, kontraproduktiv und reaktionär bezeichnet, wenn das Café Morgenland genau das selbe sagt, wird dies als Äußerung von Betroffenen toleriert, nach dem Motto: Die MigrantInnen können halt nicht emotionslos argumentieren. So was muß der/die autonome Deutsche hinnehmen und übergehen, solange er/sie sich die Illusion von Authentizität erhalten kann. Im Junipapier von C&V heißt z.B. bezüglich der gemeinsamen Veranstaltung vom antinationalen Büro, Zweiundvierzig und Café Morgenlandes zu Lübeck/Grevesmühlen: „wir kritisieren nicht die Kritik am Inhalt dieser Veranstaltung, sondern das Desinteresse an einer organisierten MigrantInnengruppe, die sich hier zur Wehr setzt!" Anders gesagt: Liebe Oldenburger Autonomen, Ihr habt eine einmalige Gelegenheit verpaßt Euch authentische kämpfende MigrantInnen anzuschauen. Deren Inhalte hättet Ihr doch ruhig überhören können!

Anton und die „nationale Befreiungsbewegung"

Womit wir beim Thema „nationale Befreiungsbewegungen" wären, auch wenn jetzt wieder alle meinen, dies hätte mit „dem eigentlichen Thema" Rassismus nichts zu tun.

In den LeserInnenbriefen wird der Eindruck erweckt, als gäbe es keine vernünftige Kritik am Begriff des „Internationalismus". Wir haben diesen Begriff dagegen bereits seit Jahren aus unserem politischen Vokabular gestrichen. Internationalismus meint schon vom Wort her den Einsatz für die Organisierung von Beziehungen „zwischen den Nationen". Da jedoch das einzig vernünftige Ziel der radikalen Linken die Weltrevolution und damit die Abschaffung aller Nationen ist, kann Internationalismus kein adäquater Begriff von Linksradikalen sein. Im Gegenteil: Wer diesen Begriff verwendet, tut dies gemeinsam mit den neuen Rechten. Die Jungen Freiheit fordert schon seit Jahren den sog. Ethnopluralismus und sie berichtet gerne über alle möglichen Ethnien und ihre spezifischen Eigenschaften, seien es die Kurden, Basken, Hutus, Tutsis, Pygmäen, Sorben... Auch harmonische Beziehungen zwischen diesen „Völkern" und den Erhalt ihrer „Identität" propagieren die Neonazis, nur zu einer Vermischung durch Migration darf es nicht kommen. Viele interkulturelle und internationalistische ehemaligen Linken, z.B. an der Oldenburger Uni, haben sich dieser Argumentation bereits angeschlossen. Nicht Internationalismus, nur Antinationalismus kann eine revolutionäre Forderung sein!

Damit wird für uns Solidarität mit gefolterten, vertriebenen und unterdrückten Menschen in Kurdistan, Palästina, Mexiko und anderswo keineswegs obsolet. Nur sollten wir und die übrigen radikalen Linken so ehrlich sein und dies Engagement für Menschenrechte nennen und nicht als revolutionäre Strategie verkaufen. Politisch (wenn auch nicht revolutionär) wird es allenfalls, wenn zugleich antimperialistisch argumentiert und gearbeitet wird, d.h. wenn z.B. der Krieg in Kurdistan als deutsch-amerikanisches Projekt zur Sicherung von Rohstoffquellen und Einflußsphären analysiert wird, den die Vasallen in Istanbul und Ankara mit Hilfe deutscher Waffen auskämpfen. Die fatalen Auswirkungen des unkritischen Internationalismus für die hiesige Linke hat Günter Jacob treffend beschrieben: Der Umgang der revolutionären Linken mit der „nationalen Frage" hat der kommunistischen Idee allmählich ihr eigenes Wesen ausgetrieben: die nationale Frage „überlagerte bald die soziale und brachte schließlich einen antifaschistischen und antiimperialistischen Inter-Nationalismus hervor, der einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übriggeblieben ist." (Bahamas 15-10/94, S.38) Hallo Anton ! Hast Du das verstanden? Übrigens, es tut uns echt leid, daß wir Deine windelweiche Äußerung (Distanzierung sollte mensch das nicht nennen) zum Treffen Lummer-Öcalan nicht gelesen haben. Das liegt daran, daß wir Dein Abschreiben und Abfeiern von offiziellen PKK-Verlautbarungen schon lange leid sind und Deine Plagiate schon seit langem einfach überblättern. Unser bedauerlicher Fauxpas wird uns nicht dazu verleiten, dies in Zukunft wieder zu tun. Da lesen wir doch lieber die junge Welt oder Konkret, wo wir neben den notwendigen Informationen noch ein paar kritische Analysen zur kurdischen Befreiungsbewegung

lesen können. Leider gibt die PKK-Führung der jungen Welt ja wegen ihrer Kritik keine Interviews mehr. Hast Du übrigens auch mal etwas über den Antisemitismus bei der PKK geschrieben??? Wir freuen uns schon auf die nächste Belehrung.

Grevesmühlen und die deutschen Linken

Nun müssen wir wohl endlich zum Schluß kommen, obwohl noch so vieles offen bleibt. Einiges in Kürze:

Über die bevorstehende Umbenennung der Volxküche (die ja bei allen Konsens zu sein scheint) auf dem nächsten Alhambra-Plenum freuen wir uns sehr. Daß das deutsche Volk nicht in diese Küche kommt, liegt unserer Meinung aber wohl weniger am fehlenden Anspruch der tierliebenden Küchenchefs, als daran, daß das umgarnte deutsche „revolutionäre Subjekt", wenn es genug Kohle hat, doch mal gerne ein Stück Fleisch ißt.

Die Polemik über uns als „deutsche Opfer" bei der Demo in Grevesmühlen fanden wir echt gelungen. Sie zeigt, daß der/die Leserbriefschreiber/In etwas über den deutschen Nationalcharakter gelernt hat, den auch wir nach langer Sozialisation nur schwer abstreifen können. Auch der Hinweis, daß neue an der Demo in Grevesmühlen sei deren Verbot wegen „Volksverhetzung" ist wichtig und in dem LeserInnenbrief gut dargestellt. Nur gab es bei der Demo in Grevesmühlen noch eine zweite wichtige Neuigkeit, die wir in der beanstandeten Fußnote nur unzureichend herausgestellt haben: Die Ablehnung dieser Demo durch die Mehrheit der deutschen Linken und ihre Denunziation beim Staatsschutz. In der interim 385 vom 9.8.'96 stand zu lesen: „Wir finden es jedoch wichtiger, daß beim Protest gegen den Brandanschlag die Bedingungen, die ihn letztlich möglich gemacht haben, immer wieder deutlich werden: Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften, totale Entrechtung von Flüchtlingen, rassistische Stimmungsmache und eine Abschiebepolitik, die unmenschlich ist und der Abschottung Europas dient. Für dies alles ist Grevenmühlen nur bedingt ein Symbol. Es ist Unsinn, dorthin zu fahren!" Das heißt doch nichts anderes: Weil die Asylsuchenden in Sammelunterkünften wohnen müssen, zünden sie sich gegenseitig an. Das ist nicht nur nachweislich falsch, sondern auch rassistisch. Hierin wird der große Fehlschluß der deutschen Autonomen deutlich: Nur der staatliche Rassismus wird analysiert und ansatzweise bekämpft, nach dem alten Motto „Die Brandstifter sitzen in Bonn."

„Gegen den Staat und seine rassistischen Ermittlungsbehörden soll man/frau demonstrieren, was nicht falsch ist. Wer aber den Staat und seine Apparate losgelöst von der Bevölkerung wahrnimmt, verkennt die Realitäten in diesem Land. Die Pogrome der letzten Jahre bedurften keiner staatlichen Anordnung: die Massen demonstrieren ‚selbstbestimmt', wie sie sich ‚Politik der Straße' vorstellen." (Bahamas 21-1996, S.5/6) So wurden die wenigen Antifas und Antinationalen, die zur Demo nach Grevensmühlen aufriefen, zum Angriffobjekt der linken Volksgemeinschaft, denn „Statt ihre Kritik auf die Lübecker Staatsanwaltschaft, die bürgerliche Presse und Politik zu beschränken, wie es der gewöhnliche Antirassismus tut, um zwischen der redlichen Bevölkerungsmehrheit und ihren böswilligen Verführern zu differenzieren, stellten sie den rassistischen Konsens der ganzen deutschen Bevölkerung ins Zentrum ihres Aufrufs. Das brachte ihnen den Bannfluch der Szene ein, die mit ihnen so verfuhr, wie vorher schon mit den klassischen Antideutschen. Die aus den Interim-Artikeln gegen den 8.Mai-Aufruf des antideutschen Lagers bekannten Textbausteine mußten gegen die Vorbereitungsgruppe der Grevesmühlener Demo nur noch abgerufen werden. Die folgenden Beispiele, die alle aus einer Erklärung des „Lübecker Bündnisses gegen Rassismus" vom 22.8.'96 stammen, verdeutlichen das: „unpo-litisch und sektenhaft", „zu einer differenzierten Analyse und damit zu wirksamem Auftreten gegen den Rassismus nicht mehr fähig", „...mit linker emanzipativer Politik schlicht unvereinbar", „nur das eigene Rechthaben nach außen tragen", „kontraproduktiv". (Bahamas 21-1996, S.6) Das haben 4711 und senza nome doch prima abgeschrieben, oder ? Wahlweise bei der LUPUS-Gruppe, der Interim, dem Lübecker Bündnis oder einem anderen autonomen Verteidigungsblättchen der deutschen Volksgemeinschaft. Apropos „sektenhaft" oder „sektiererisch". Eine Sekte ist eine Gruppierung, die nicht dem Glauben der Mehrheit folgt. Welcher Glaube könnte bei den LeserbriefschreiberInnen wohl vorhanden sein. In diesem Fall wohl der an das deutsche Volk und das „gute Deutschland". Nachdem die Teilnahme an der Demo in Grevesmühlen also in den Szeneblättchen als „Unsinn" bezeichnet wurde, ging die deutsche Mehrheitslinke in die Offensive. Unter der Überschrift „Gewalt-Demonstration geplant. Hafenstraßen-Brand: Berliner Gruppe ruft mit Hetzparolen bundesweit zur Kundgebung auf", ließ sich ein Vertreter des Lübecker Bündnis gegen Rassismus am 13.8.'96 in den Lübecker Nachrichten als Kronzeuge gegen die Demo mit den Worten zitieren: Es gebe „keine Beweise, daß die vier Grevesmühlener tatsächlich für den Brand des Asylheimes verantwortlich seien... Eine umstandslose Identifikation des Ortes Grevesmühlen mit den möglichen Brandstifter halten wir für fatal. Ein solches Verhalten hilft der Antirassistischen Bewegung nicht aus ihrer Isolation." Daß die Antirassistische Bewegung dabei keinen Erfolg haben wird, ist offensichtlich, doch die Suche nach dem Bündnis mit dem deutschen Mob bestimmt weiterhin ihre Theorie und Praxis. So viel, so wenig. Auch in der längsten Replik können wir nicht auf alle Vorwürfe und Projektionen der LeserInnenbriefe uns gegenüber eingehen und wer uns weiter mißverstehen und in der deutschen Restmülltonne entsorgen will, wird sich durch noch so viel Argumentationsversuche zum Zusammenhang Rassismus und deutscher völkischer Nationalismus nicht umstimmen lassen.

Deshalb: Schöne Grüße aus der Restmülltonne

FÜR EINE OFFENE DISKUSSION ÜBER RASSISMUS UND DEUTSCHEN NATIONALISMUS IM ALHAMBRA UND ANDERSWO!

GEGEN DIE TOLERIERUNG VON RASSISTINNEN IM ALHAMBRA !

LESERINNEN-BRIEF AN DIE ALHAMBRA-ZEITUNG[1]

Wir haben auf der veranstaltung in oldenburg am xx.xx.96 ja schon mitgekriegt, wie empfindlich teile von euch auf die schlichte beobachtung reagiert haben, daß große teile der deutschen bevölkerung den mörderischen rassismus im land nicht nur akzeptieren bzw. stillschweigend seine auswirkungen (deutschland den deutschen) gutheißen. In Lübeck gab es einen geplanten nazi-angriff. Aber es geht eben auch darum, wahrzunehmen, daß die gefahr für migrantInnen, opfer von rassistischen angriffen zu werden, an jedem ort gegeben ist, wo deutsche meinen, mal durchgreifen zu müssen. Einige packen eben selber mit an, wenn es darum geht eine straßenbahn, ein haus oder einen stadtteil „ausländerfrei" zu kriegen. So hat hans-jürgen förster, chef des brandenburgischen verfassungsschutzes, eben nicht nur unrecht, wenn er feststellt, daß seine behörde allein fremdenfeindlichkeit und überfälle auf ausländer nicht bekämpfen könne. Die gewalttaten würden meist von unorganisierten jugendlichen begangen. „Es sind täter, die mittags noch nicht wissen, daß sie nachts zu mördern werden." (süddeutsche zeitung, 12.11.96) Daß hier die reale gefährdung von migrantInnen durch organisierte nazis verharmlost wird ist ebenso in staatlichem interesse, wie es in deutschland eben auch wieder stimmt, daß der kreis der potentiellen rassistischen angreiferInnen einen viel größeren teil der bevölkerung umfaßt, als die linke es wahrhaben will.

Aus den abgedruckten leserInnenbriefen in der alhambra-zeitung sehen wir jetzt, daß die abwehrhaltung, diese deutschen zustände wahrzunehmen noch viel gefestigter ist, als auf der veranstaltung offensichtlich war und die weigerung, den mörderischen rassismus öffentlich zu thematisieren, offensichtlich nicht zu brechen ist. Was die zurückhaltung auf der veranstaltung betrifft, vermuten wir erfahrungsgemäß, daß, wenn migrantInnen anwesend sind, eben gewisse hemmnisse bei allen, besonders bei den offenen rassistInnen unter euch, doch noch vorhanden sind. Aber eben nur so lange, bis ihr wieder unter euch seid. Dann kommen nämlich ganz andere äußerungen auf den tisch, wie z.b. „ein bißchen rassismus muß man schon vertragen", was noch nicht mal das schlimmste sein soll. Wieso wir jetzt nichts von spaltungen, rausschmissen, auflösung/neugründung hören, spiegelt sich auch in eurer leserInnenbriefpolitik wieder: da zeigen sich eben die realen verhältnisse im alhambra (und in euren köpfen). Auseinandersetzung und kritik, die eben notwendig auch das mörderische deutsche kollektiv angreift, wird denunziert („glauben wir, daß die sog. diskussion um café morgenland im alhambra dazu beigetragen hat, eine ... kampagne nicht stattfinden zu lassen. Die unterstützung für safwan ist dabei in den hintergrund getreten - spaltung schwächt". c&tv) oder es wird draufgehauen (42 sei nicht nur ein „ärgernis", sondern eine „potentielle gefahr", die politische gegnerInnen „ans messer liefert" - senza nome) Das heißt also, der rassismus der deutschen bevölkerung darf nicht thematisiert werden, weil deswegen keine soliarbeit für safwan geleistet werden kann, keine kampagne gegen rassismus, keine gegen die rassistische justiz, gegen den mob usw. Das ist wirklich eine gute ausrede für euch: da hat also die gruppe 42 mit ihren vaterlandsverräterischen thesen dafür gesorgt, daß keine antirassistische arbeit in oldenburg möglich ist. Das könnt ihr dann später euren enkeln erzählen, so nach dem motto „ja damals, da wäre einiges möglich gewesen, wenn die linke nicht so zerstritten gewesen wäre..." Die werden es euch glauben, da können wir euch beruhigen.

Wir stellen jedenfalls fest, daß wir unser ziel, eine diskussion über das, was in lübeck passiert ist, nämlich einen brandanschlag, der 10 menschenleben gekostet hat, die rassistische kampagne gegen die bewohnerInnen des hauses, die in den medien folgte, die verdrehung von opfern und tätern von seiten der staatsanwaltschaft und den medien (allen voran die taz) und die fehlende reaktion der linken nicht erreicht haben.

Es nützt auch nichts, immer wieder in richtung der antinationalen gruppen den vorwurf zu richten, wir würden vom antirassistischen engagement ablenken („euer letzter beitrag lenkt eher davon ab" c&tv). Sowohl das flugblatt „möderland deutschland" ist in oldenburg bekannt, als auch die „anleitungen zur ursachenforschung" von café morgenland, mal abgesehen von unserer gemeinsamen veranstaltung mit 42. Zu diesen papieren, zur veranstaltung gab es keine inhaltliche diskussion. Die erste demonstration in grevesmühlen am 20.1.96, zu der café morgenland aufgerufen hatte, wurde von der deutschen linken ignoriert und es wurde vom lübecker bündnis verhindert, daß auf der lübecker demo zu dieser mobilisiert werden konnte. So blieben die migrantInnen im wesentlichen unter sich. Ähnlich sah es bei den folgenden knastkundgebungen und besonders dem „spaziergang zum knast", in dem safwan einsaß im anschluß an die demo in lübeck am 23.3. aus. Wann ihr die lieber die augen zumacht, keine kampagne hinkriegt usw. hat eine logik. Die wurde sicht-

Gorlebener
TurmbesetzterInnen
- Leben im Atomstaat

Im atomaren Ausstiegspoker
ist unser Widerstand der Joker

In der Märzausgabe der Alhambra Zeitung kündigten die Gorlebener TurmbesetzerInnen ein neues Buchprojekt an und luden zum mitmachen ein. Jetzt ist es erschienen. Seit Jahren die erste umfassende Neuerscheinung auf seinem Gebiet, gibt es einen allgemeinen Überblick zum Thema und Einblick in Spezielles z.B. Atomfilz. Es befaßt sich u.a. mit der Problematik Atommüll, zeigt die Verbindung zur Bombe, entwirrt Atomfilz, setzt sich mit juristischen Folgen auseinander, ermöglicht Einblicke in den Widerstand und wagt Ansätze der Veränderung anzureißen. Die Vorgeschichte zum Buch ist recht interessant:

SCHACHT DICHT ... war eine der Forderungen der Besetzungsaktion an den Fördertürmen des Endlagerbergwerkes in Gorleben am 20./21. Juni 1990. Die folgenden Strafverfahren wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden eingestellt. Drei Jahre später flatterten den vierzehn TurmbesetzerInnen Mahnbescheide ins Haus, mit der fantastischen Forderung der Bundesrepublik Deutschland über 126.901,10 DM. Neben ca. 280 DM tatsächlichem Schaden sollen die Kosten dafür übernommen werden, daß ein Tag lang die Alibi-Erforschung des Gorlebener Salzstocks unterbrochen wurde. Die TurmbesetzerInnen wehren sich dagegen, wollen in dem Zivilverfahren bis zur letzten Instanz gehen und haben sich weiter mit dem Thema beschäftigt.

Die TurmbesetzerInner:

„Unsere Motivation, dieses Buch zu machen, ergab sich hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens ist es an der Zeit, aktuelle Informationen zu den behandelten Themen zu veröffentlichen, da wenig Neues dazu erschienen ist. Zweitens wollen wir als Beklagte in dem Zivilprozeß unsere offensive Haltung stärken. Egal mit welchem Urteil der Prozeß ausgeht, in jedem Fall ist aus der Auseinandersetzung damit dieses Buch entstanden. Der Versuch, AtomkraftgegnerInnen durch politische Verfahren mit existenzbedrohendem Charakter einzuschüchtern und mundtot zu machen, ist nicht aufgegangen.

Sie versuchen einen neuen Knüppel, um unseren Widerstand zu zerschlagen. Sorgen wir dafür, daß er zwischen ihren eigenen Beinen landet."

Das Buch gibt es Donnerstags für 20 DM (360 s.) am Büchertisch im Unifoyer und von 18.00 -20.30 im Infoladen im Alhambra.

Der Klage-Fonds
Ziel des Fonds ist, die Weiterführung des Prozesses durch alle Instanzen finanziell zu ermöglichen. Hierzu gibt es ein Konto bei der Volksbank Wendland e.G.

BLZ	258 634 89
Kontonummer	12230 944 00
Empfänger	**„Klage-Fonds"**

Einzahlungen in diesen Fonds werden ausschließlich für AnwältInnen- und Gerichtskosten des genannten Verfahrens verwendet. Näheres ist bei den TurmbesetzerInnen zu erfragen :
c/o Rondel
29439 Lüchow

20 Jahre BBA

Kampf dem Atomstaat

Vor nunmehr 20 Jahren wurde die Bremer Bürgerinitiative (damals noch keine "BürgerInnen") gegründet - inzwischen eine der ältesten noch arbeitenden BIs in der BRD. Wir nehmen diesen Geburtstag zum Anlaß, einen Blick auf Geschichte und Gegenwart der Anti-AKW-Bewegung zu werfen - und natürlich auch kräftig zu feiern.

5.12. -Donnerstag- :

18.00: **20 Jahre Kampf dem Atomstaat**. Eröffnung der Fotoausstellung von Hinrich Schultze.

20.00: Veranstaltung:

Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen. Ein vorausschauender Rückblick mit Fritz Storim.

6.12. -Freitag- :

20.00: **Wo steht die Anti-AKW-Bewegung heute?**

Eine Diskussion mit Leuten von verschiedenen Atomstandorten und Städte-BIs.

7.12. -Samstag- :

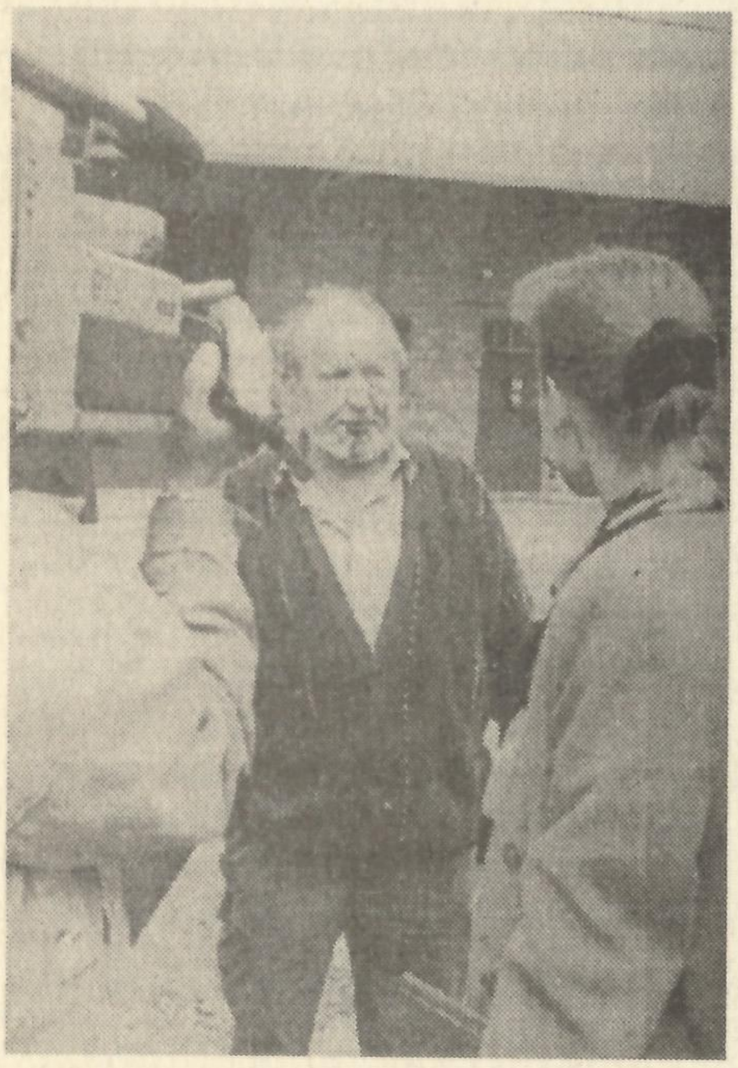
ab 20.00: **PARTY** mit "Colours" und anschließend DJ Uwe. Dazu Anti-AKW-Filme.

Für die Diskussionsveranstaltungen wird eine Gebärdendolmetscherin organisiert. Zu unserem Bedauern sind die Veranstaltungsräume nicht rollstuhlgerecht, wir werden uns aber bemühen, RollifahrerInnen die Teilnahme zu ermöglichen.

Einige Überlegungen zum Versuch von Presse und Staatsschutz, den Widerstand in die kriminelle Ecke zu drängen.
Von der Anti-Atom-Gruppe, mit Hilfe von Texten der "Drei von der Esso" und M. Edler.

Weder Armee noch Geister!

„Die einst gewaltfreie Anti-Atom-Szene kämpft wie eine Geisterarmee gegen die Bahn."
So beginnt ein Artikel im Spiegel vom vergangenen Monat, der angeblich beschreibt, wie sich der Widerstand gegen Castor-Transporte und gegen das Atomprogramm in der letzten Zeit entwickelt hat. Gestützt ist dieser Bericht auf ein Papier, das das Bundesamt *für* Verfassungsschutz dem Spiegel und der Süddeutschen Zeitung zugeschoben hat in der Gewiss-heit, daß diese Schlagzeilen daraus fabrizieren würden. In dem Dossier werden die unterschiedlichen Aktionen, die es unter dem Motto „Nix hoch 3" gegeben hat, mit allen möglichen Schnüffeleien darüber, wieviel Bauwagen zum Beispiel in welchem Garten im Wendland stehen, und mit Zitaten aus den verschiedensten Veröffentlichungen zum Thema Castortransporte zusammengebracht. Alles, was den Verfassungsschützern so untergekommen ist, haben sie in einem großen Topf zu einer Mischung verrührt, die vor allem einen Zweck hat: Die Sympathien, die dieser Widerstand gerade wegen seiner Vielfalt überall im Land genießt, sollen zunichte gemacht werden, indem die AtomkraftgegnerInnen als terroristisch verteufelt werden.

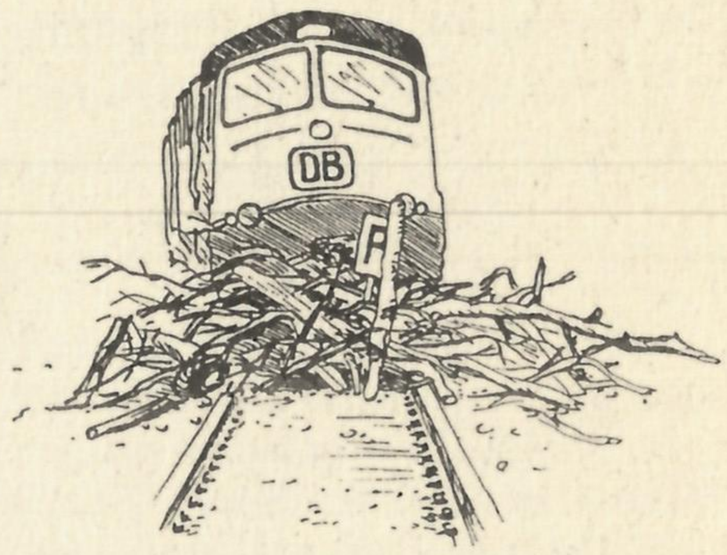


Sensation mal so mal so: Verletzter Bauer oder zu Recht verprügelter Terrorist.

Bei dem, was den Herrschenden die meisten Kopfschmerzen bereitet, bei dem berühmtberüchtigten Miteinander der unterschiedlichsten Menschen, da versucht der Geheimdienst, den Keil anzusetzen, da soll Spaltung betrieben werden.

Erfolg auf der ganzen Linie verzeichnet die Gegenseite, wenn sich Atomkraftgegnerlnnen in sogenannte „Gewaltfreie" und „Gewaltbereite" oder gar „Gewalttätige" spalten lassen. Die „Gewaltfreien" spielen fortan in der öffentlichen Meinung den Part der „kritischen, aber guten BürgerInnen" und halten als VorzeigedemokratInnen dazu her, den demokratischen Anschein innerhalb gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse zu wahren. Der Atomstaat verbirgt sein häßliches Gesicht hinter dieser Gruppe. Auf der anderen Seite stehen die „Bösen", die GewalttäterInnen, denen jedes BürgerInnenrecht abgesprochen wird. Je mehr das Engagement der „guten BürgerInnen" von Staats wegen gelobt wird, um so mehr kann auf die vermeintlich Bösen" eingeprügelt werden. Das sind aber leider nicht alle Folgen. Ob die „Gewaltfreien" es wollen oder nicht: Sie lassen sich auf den beschriebenen Mechanismus ein und tragen ungewollt dazu bei, den Rest der DemonstrantInnen, die sich nicht an ihrer „gewaltfreien" Aktion beteiligen, als „GewalttäterInnen" abzustempeln. Sie grenzen sich auch von anderen DemonstrantInnen ab, die nicht unfriedlicher sind als sie selber, die nur nicht unterschrieben haben, an einer „gewaltfreien" Aktion teilzunehmen. Es ist längst an der Zeit, das über eben jene Folgen gesprochen und einer Spaltung in der vielzitierten öffentlichen Meinung aktiv entgegen gewirkt wird.

Leider sind die Artikel in der Süddeutschen und im Spiegel nur weitere Beispiele in einer langen Reihe von Pressedar-stellungen mit ähnlichem Inhalt. Auch wenn es die Menschen im Wendland besser wissen, auch wenn es Tausende gibt, die im Mai dort waren und nun zuhause immer wieder richtigstellen können, wie es wirklich ist, so steht doch zu befürchten, daß die Hetzkampagne gegen alle am Widerstand Beteiligten - der Spiegel-Artikel zum Beispiel nimmt da keine und keinen aus - Wirkung zeigt. Steter Tropfen höhlt den Geist. In besonderem Maß muß gründlich überlegt werden, wo möglicherweise das öffentliche Wohlwollen und die Zustimmung verscherzt wird. So einfach wie im Sommer 94, wo vorwiegend erstaunt und freundlich über alles berichtet wurde, was es an Aktionen gab, so einfach ist es leider nicht mehr. Bloß stillzuhalten wird nichts helfen. Fein artig sein wollen wir sowieso nicht.



Sorgfältige und faire Auseinandersetzungen sind notwendig, wenn Pläne für die nächste Zeit geschmiedet werden, gerade vor dem Hintergrund der momentanen VS- und Pressehetze. Daß nicht alle die gleichen Einstellungen und Vorlieben haben, ist nicht neu. Lange Zeit wurde das als sinnvolle Arbeitsteilung begriffen; zur Zeit scheinen die Vorstellungen gegeneinander zu stehen. Wir können nur appellieren, auch unter den Bedingungen von Bespitzelung und verschärfter Strafverfolgung Formen der Diskussion zu finden, die eine Auseinandersetzung möglich machen, ohne einzelne zu gefährden.
Der Druck ist zur Zeit sicher groß, einzelne Aktionen anderer verantworten oder verurteilen zu sollen. Daß öffentlich von einander abgerückt wird, Distanzierungen ausgesprochen werden, das ist das Ziel der Hetzkampagne. Wenn die Spaltung greift, verliert die Anti-Atom Bewegung eine ihrer größten Stärken: die Unberechenbarkeit. Die BI im Wendland hat es in ihrer Erklärung zum Aktionstag am 7. September schön auf den Punkt gebracht: „Wir sind gefährlich - aber für wen?" Es muß sich niemand fürchten, außer die Atommafia. Aber die soll es auch weiterhin.

Für die nächste Zeit sind Pläne und Aktionen notwendig. Ganz sicher hat Innenminister Glogowski die Zustimmung der Betreiber zu einer Terminverschiebung nicht bekommen, ohne daß für die etwas dabei herausspringt. Es ist davon auszugehen, daß die Gegenseite an Strategien arbeitet, wie nicht nur einzelne Transporte durchgeführt werden können, sondem wie der Widerstand langfristig gebrochen werden kann. (Die Hetze gegen „Terroristen" ist ganz bestimmt Teil einer solchen Strategie.) Ein Szenario beispielsweise, daß die Polizei im Wendland einrückt, und dann sechs Wochen lang einen Castor nach dem andern ins Zwischenlager bringt, um so Normalität herzustellen, ein solches Szenario würde den vielbeschworenen langen Atem des Widerstandes auf eine harte Probe stellen.

Vermutlich sind solche Überlegungen bislang noch nicht konkret. Die sechs Transportanträge müßten sie erst einmal haben. Wenn Winterruhe einkehrt im Wendland und bundesweit, dann können solche Pläne reifen. Wenn es dagegen gelingt, neben dem Plätzchenbacken und Vorbereiten von Geschenken weiterhin „Nix hoch 3!" deutlich zu machen, dann wird man(!) sich in den Chefetagen der Energiewirtschaft fragen, ob soviel Sturheit wirklich gut ist.

Es liegt also an allen am Widerstand beteiligten, weiterhin den Atommafiosis kräftig in die Suppe zu spucken. Gönnen wir ihnen keinen ruhigen Winter. Lassen wir uns nicht spalten. Auch wenn die Medien noch so gegen unseren vielfältigen Widerstand hetzen. Die Kriminellen sind nicht die, die Anker werfen, sondern die Atommafia mit ihren Helfershelfern bei Staat, Polizei und eben auch der Presse.

Niemals aufgeben...

Fight the Power !

Markus Petry wegen Anti-AKW-Aktion im Knast

Wir müssen uns erst einmal wieder erinnern: Ende 1992 begann das politische Schauspiel mit dem Namen „Energiekonsens". Die Karten sollten neu gemischt werden im Geschäft mit dem Atom.

„Atomkonsens ist Nonsens", lautete die Antwort der Anti-Atom-Bewegung. Von Anfang an forderten Initiativen den Abbruch der sogenannten Konsens-Gespräche; mit mehreren Aktionen in Frankfurt, Bonn, Karlsruhe und so weiter machten AtomkraftgegnerInnen deutlich, was sie dem Beschwichtigungsgerede entgegen setzen wollten: „Wir graben die Streitaxt wieder aus!"

Am 11. Juni 1992 trafen sich ca. 60 Leute in Hannover, um mit einer Streitaxt in der Staatskanzlei gegen das Geschachere von Schröder und Konsorten um Atomstandorte und Millionen zu demonstrieren. Bei einer Rangelei am Rande der Aktion wurde Marcus, damals noch aus Wiesbaden, festgenommen.

Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und Sachbeschädigung wurde er später zu 90 Tagessätzen verurteilt.

Einerseits hatte Marcus das Geld nicht, andererseits lehnt er als Total-Kriegsdienstverweigerer es auch grundsätzlich ab, dem Staat Geld zu bezahlen.

Vergangenen Monat wurde er in einen Verkehrsunfall verwickelt. Die Verkehrspolizisten, die die Sache aufnahmen, stellten bei Überprüfung seiner Personalien fest, daß ein Haftbefehl wegen der Staatskanzlei-Geschichte vorlag und kassierten ihn ein. Marcus sitzt jetzt mindestens bis Anfang Januar 97 in Giessen, wo er zuletzt wohnte, im Knast.
Ihm gehört unsere Solidantät.
Schreiben könnt Ihr ihm:

Marcus Petry
JVA Giessen
Gutfleischstr. 2a
35 390 Giessen

Das Leben im Knast und das ganze Drumherum ist nicht billig. Alle, die die Soliarbeit unterstützen wollen, können Geld spenden:
Bezirks-Sparkasse Giessen
Kto.: B. Hammerl 83 19 72
BLZ 513 50025
Stichwort: Staatskanzlei

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND
am rechten rand nun werbung für den „rechten rand"!
der rechte rand, postfach 1324, 30013 hannover. einzelpreis 3 DM, 6 ausgaben im abo:
20 DM (inland), 25 DM (ausland). bei bestellungen den namen und liefer adresse nicht vergessen!

Antifa aktuell Antifa aktuell

Die rassistischen Ermittlungen durchkreuzen!

Am 2. November demonstrierten rund 2000 AntifaschistInnen in Lübeck gegen den Prozeß gegen Safwan Eid und gegen die rassistischen Ermittlungen der bundesdeutschen Justiz. Die DemonstrantInnen(unter ihnen die Überlebenden des Brandanschlages) stellten klar, daß der Täter nicht Safwan Eid ist und stellten sich so gegen die offensichtlich rassistischen Ermittlungen. Desweiteren wiesen sie darauf hin, daß der deutsche Staat durch seine rassistische Hetze gegen MigrantInnen den Nährboden für den faschistischen Terror geschaffen hat. Aus diesem Bewußtsein heraus wurde ein praktischer Antirassismus und das Bleiberecht für alle gefordert.

Überlebender erneut Opfer

Am Montag, dem 18. 11. 96 wurde bekannt, daß einer der Überlebenden des Lübecker Brandanschlages am Sonntag am Bahnhof der Hansestadt zusammengeschlagen wurde. Mehrere Faschisten haben ihn so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte.

Kampf den braunen Zentren!

Mit einer TeilnehmerInnenzahl von über 6000 bei der antifaschistischen Demonstration am Samstag in Wurzen wurden selbst die optimistischsten Erwartungen der VeranstalterInnen übertroffen. Das Bündnis gegen Rechts hatte mit rund der Hälfte gerechnet. Demzufolge wertete ein Sprecher des Bündnisses die Demonstration *jW* gegenüber als „phänomenalen Erfolg". Es sei gelungen, „ein eindrucksvolles Signal gegen die sich bis dato fast ungestört entwickelnde faschistische Szene im Muldentalkreis zu setzen". Auch daß 75 Gruppen, Parteien und Organisationen den Demo-Aufruf unterzeichnet hatten, habe sich bewährt. Es habe sich um die größte aus dem antifaschistischen Spektrum heraus organisierte Demonstration seit Jahren gehandelt. Der Tag werde sicher „motivierend für die Bewegung" sein.

Am Samstag waren die DemonstrantInnen rund drei Stunden durch die 17.000-Einwohnerstadt Wurzen bei Leipzig gezogen, um gegen die rechtsextreme Organisierung in der Region zu protestieren. Die Polizei hielt sich bewußt im Hintergrund. Es blieb fast vollständig friedlich. Nur vereinzelt flogen Steine gegen PolizistInnen. Eine Polizistin soll dabei leicht verletz worden sein. Zwei Polizeiautos wurden beschädigt. Von dem Sprechchor „Hinter dem Faschismus steht das Kapital" begleitet wurden die Scheiben einer Filiale der Dresdner Bank eingeschmissen. Der Demozug bestand fast vollständig aus Mitgliedern der Autonomen- und Antifa-Szene und erschien als ein einziger großer Schwarzer Block. Am Ende des Zuges gingen rund 500 PDS-Mitglieder, unter ihnen der Parteivorsitzende Lothar Bisky, seine Stellvertreterin Angela Marquardt und der sächsische PDS Chef Reinhard Lauter.

In Redebeiträgen wurde auf die mehr als 90 rassistischen Übergriffe und deren „Akzeptanz in der Bevölkerung" aufmerksam gemacht. Das Problem der rechtsextremen Gewalt sei „kein Hilfeschrei sozial benachteiligter Jugendlicher", sondern „eine neue, wirkungsvolle Form neofaschistischer Organisierung". Lothar Bisky sagte mit Blick auf die Wurzener Bevölkerung, man dürfe rechtsextreme Übergriffe „nicht deckeln und nicht verschweigen". „Ich hoffe, daß von dieser Demonstration ein kleines Zeichen für mehr Mut ausgeht", so der PDS-Vorsitzende.

Die hauptsächlich jungen AntifaschistInnen waren mit Autos, Bussen und Zügen aus dem gesamten Bundesgebiet angereist. Dabei war auffällig, daß speziell aus dem nicht gerade als Hochburg der Autonomen geltenden Ostteil Deutschland´s viele Jugendliche nach Wurzen gekommen waren. Die VeranstalterInnen hatten in 30 Städten der BRD mit Informationsabenden für die Demo geworben. Bei derAn- und Abreise war es zu Schikanen der Polizei gekommen. Vor der Einfahrt nach Wurzen kontrollierten Polizisten über eine Stunde lang die Busse aus Hamburg und Berlin, weswegen die Demo mit großer Verspätung anfing.

Auf der Rückfahrt wollten PolizistInnen erneut die Personalien von rund 200 Insassen von fünf Reisebussen aus Hamburg und Berlin überprüfen. Die Autonomen weigerten sich jedoch. Die Bundesstraße 6 zwischen Borsdorf und Engelsdorf war über vier Stunden lang wegen der Polizeiaktion blockiert. Dabei kam es offenbar zu Kompetenzgerangel zwischen den verschiedenen Landespolizeien. Während das bayerische Spezialkommando USK die Busse stürmen wollte, weigerten sich die Leipziger BereitschaftsbeamtInnen die Bustüren freizugeben, vor denen sie postiert waren. Schließlich reiste der Leipziger Polizeipräsident an und notierte sich in allen Bussen die Personalien der DemonstrantInnen. Die Polizei vermutete in dem betreffenden Bus die Personen, die die Bankscheiben eingeworfen hatten. Erst kurz vor Mitternacht durften die Busse weiterfahren.

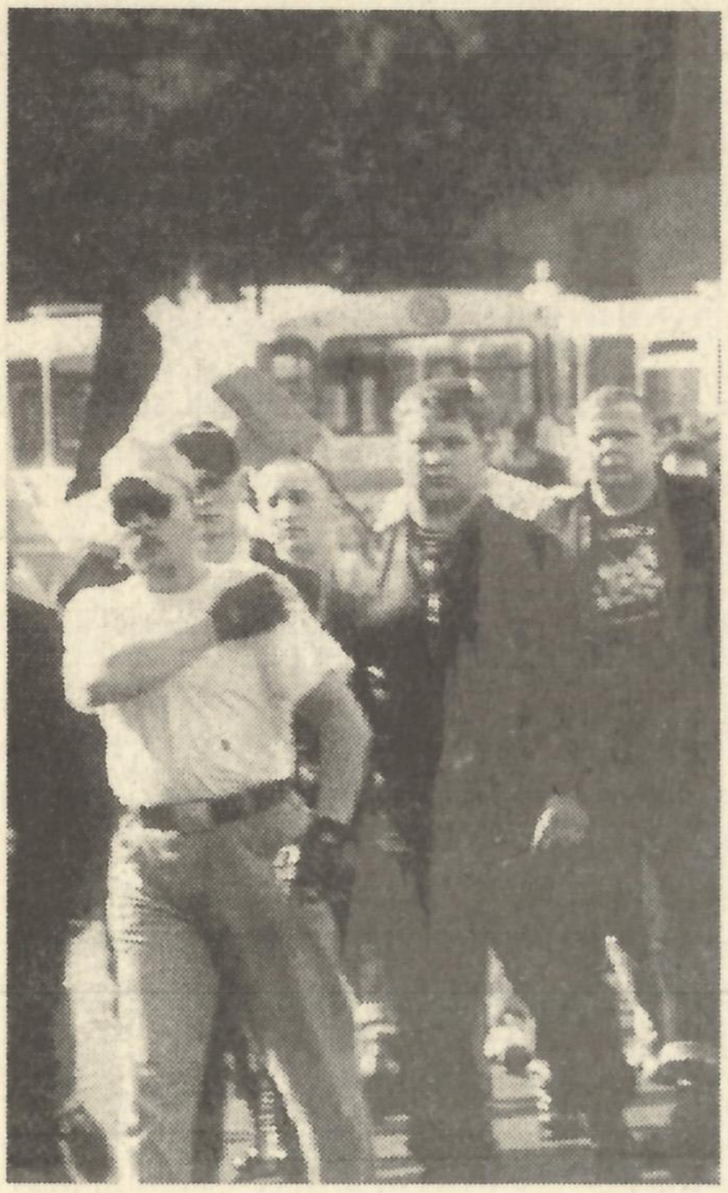
(Quelle: *junge Welt*)

Antifa Jugend Front und AK "Kein Fußbreit den FaschistInnen"

Veranstaltungen

„Arbeitskreis kein Fußbreit den FaschistInnen"

„Ein V-Mann packt aus"



Michael Wobbe beim „Rudolf Hess-Gedenkmarsch" in Fulda (Foto: ©Der Rechte Rand)

„Der Verfassungsschutz hat mich angestachelt"- unter diesem Titel veröffentlichten am 13. Mai 1996 Annette Rogolla und Burkard Schröder in der taz einen Artikel uber den ehemaligen V-Mann des niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz Michael Wobbe.
Laut VS soll Michael Wobbe zwischen April 92 und September 93 unter Vertrag gestanden haben. In dieser Zeit soll er auch nach Oldenburg gefahren sein, wo er nach eigenen Angaben den Jugendlichen gesagt haben soll, „Haut mal rein, ich schul´ euch auch". In der Zeit soll sich laut Michael Wobbe eine unabhängige Kameradschaft gegründet haben, was ohne ihn nie stattgefunden hätte.
Das sich in dieser Zeit die „Freie Kameradschaft Oldenburg" gründete, war auch einigen AntifaschistInnen aus Oldenburg bekannt, auch die von der „Nationalen Liste" organisierte Veranstaltung am 8 Mai 1993 im „Ofenerdieker Krug" in Oldenburg ist uns noch in guter Erinnerung. Nach Beendigung der Veranstaltung fuhren 100 FaschistInnen im Konvoi nach Aurich und starteten dort einen Angriff auf das Jugendzentrum „Schlachthof"'. Dieses sind nur einige Eckdaten von faschistischen Aktivitäten in unserer Region die in die Wirkungszeit von „Michael Wobbe" fielen.
Für den „Arbeitskreis kein Fußbreit den FaschistInnen" tat sich die Frage auf, inwieweit der Verfassungsschutz aktiv am Aufbau faschistischer Strukturen in unser Region beteiligt war.
Aus diesem Anlaß entschied sich der Arbeitskreis den Kontakt zu „Michael Wobbe" aufzunehmen- und es kam zu einem Gespräch.
Um die Ergebnisse unseres Gespräches auch in der Öffentlichkeit transparent zu machen, findet am:

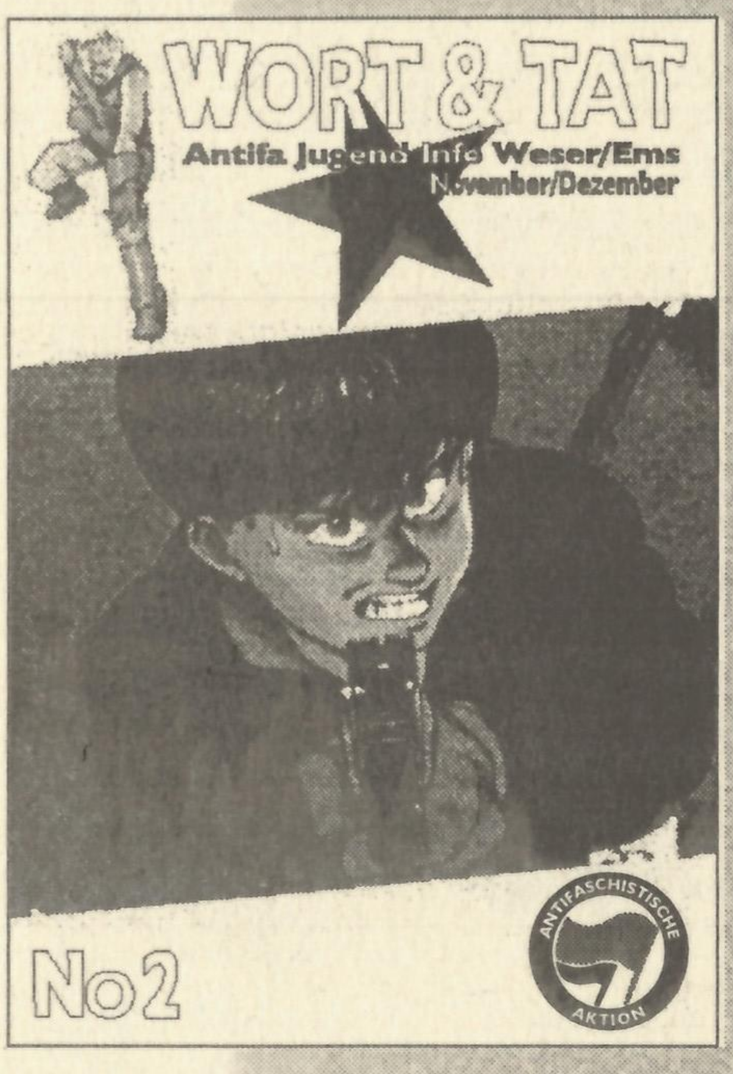
9. Dez.1996 um 20.30. Uhr unsere Veranstaltung „Ein V-Mann" packt aus" im Alhambra statt.

„Antifaschistische Filmnacht"

Veranstaltungsort: Alhambra
Veranstaltungsdatum: 23.12.96
um 19.00 Uhr

„Heldengedenken" in Oldenburg

Am 17. November demonstrierten etwa 50 Personen, um gegen die militaristischen Gedenkfeiern im Rahmen des „Volkstrauertags" vorzugehen. Ziel der von einem antimilitaristischen Bündnis organisierten Aktion war es, die ihre im 1. und 2. Weltkrieg gefallenen „Kameraden" ehrenden Militärs und Staatsdiener zu stören. Während der Aktion wurde die nach dem deutschen Militaristen Roon benannte Straße symbolisch in Bernhard-Kuhnt-Straße (revolutionärer Matrose) umbenannt. Später wurde versucht, die Kranzniederlegung am Artilleriedenkmal in der Ofener Straße unter lauten Protestrufen und Trillerpfeifenlärm zu behindern. Besonders zwei Oldenburger Schülerverbindungen waren auffallend zahlreich anwesend.
Nächstes Jahr werden wir hoffentlich mehr sein und das militaristische „Heldengedenken" verhindern können!



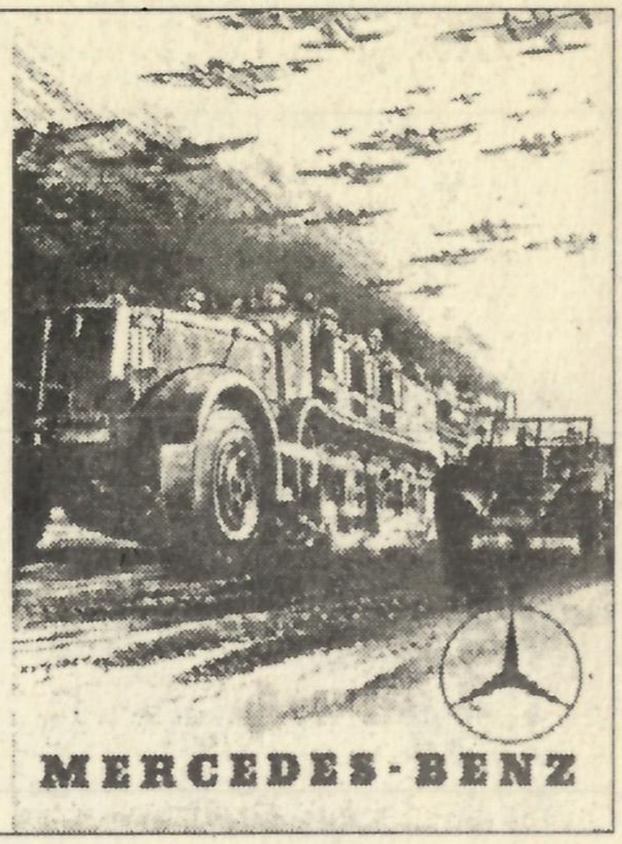
Neuerscheinung
in der Region Weser-Ems

Autonome Antifa
Weser-Ems
Postfach 1328
26583 Aurich

Antifa Jugendfront (OL)
c/o Alhambra
Hermannstr. 83
26135 Oldenburg

Spendenkonto: Stichwort „Zeitung", A. B.,
Kontonr.: 115007148, BLZ: 28451050,
Sparkasse Aurich

Mercedes statt Menschlichkeit Kriegsrüstung statt Umweltschutz wollen wir nicht!



„Das Moor" im Emsländischen Raum war eines der größten zusammenhängenden Moorgebiete Deutschlands. Das Moor ist ein ganz besonderer Lebensraum für Pflanzen und Tiere, der sich durch extreme Nährstoffarmut und einem daraus folgenden hohen Spezia-lisierungsgrad des Moorlebens auszeichnet und somit viele zum Aussterben verurteilte Pflanzen und Tiere beheimatet.

Doch anscheinend ist der Test von umweltschändenden Benzin in die Atmosphäre blasenden Fahrzeugen auf Höchstgeschwindigkeit mehr im Sinne des (un)natürlichen Geldungleichgewichtes.

Die von Mercedes-Benz versprochenen Ausgleichsmaßnahmen wurden nach der Baugenehmigung nicht eingehalten, bzw. zurückgenommen. Innerhalb des Prüfgeländes werden alle größeren Tiere iliminiert, weil Sie die Tests stören könnten.

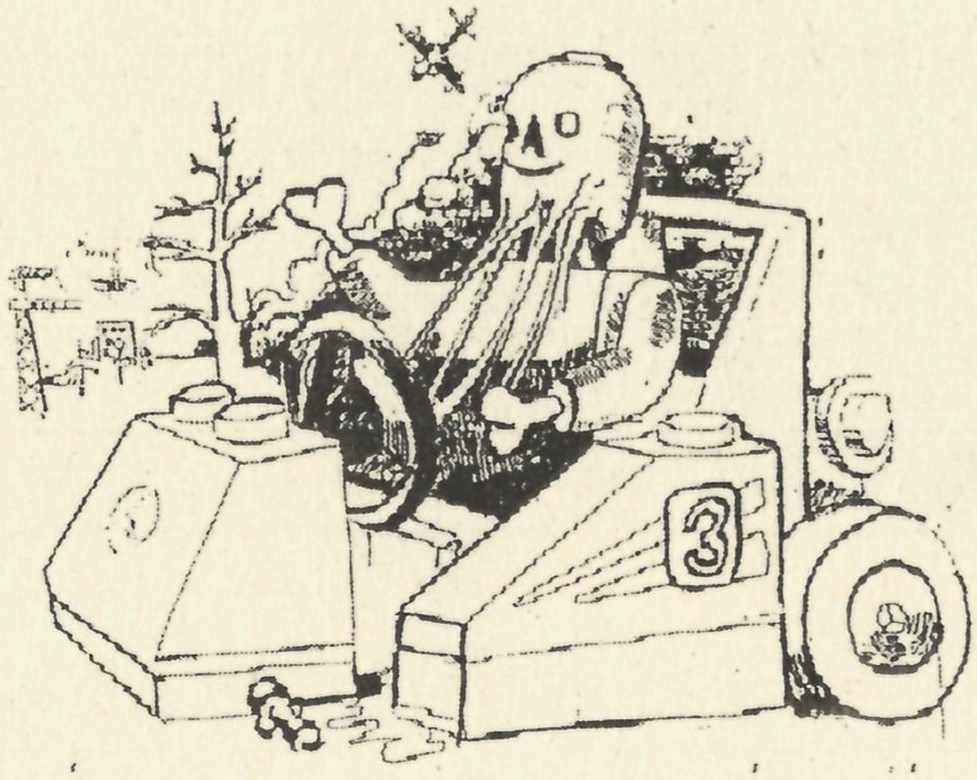
Es sind lokale Änderungen im Mikroklima durch Flächenversiegelung und Senkung des Grundwassers zu erwarten.

Die Teststrecke kann für Militärfahrzeuge und als größter potentieller Landeflugplatz genutzt werden. Die Möglichkeiten dafür sind gegeben (Nato-Pipeline in unmittelbarer Nähe und Sendemasten für militärische Überwachungen und Funkverkehr)

Mercedes war im 2. Weltkrieg eine der führenden Rüstungskonzerne (MBB, DASA, MTU usw.) und gehört somit zu den wirtschaftlichen Siegern und profitieren jetzt noch davon.

Ab Juli 1991 besetzten mehrere Leute ein Teil des geplanten Teststreckengeländes. Um es dem Multikonzern so schwierig wie Möglich zu machen, errichteten sie ein Hüttendorf mit dem Versuch vor Ort Widerstand gegen den Konzern zu leisten. Schon bald fanden sich 15 - 20 Leute zusammen, die sich entschieden für längere Zeit dort zu bleiben. Das Anfangsvorhaben, Widerstand gegen den Konzern zu leisten, weitete sich auf andere politische Themen aus. Es entstand ein politisches Projekt mit internationaler Unterstützung.

In der 3 1/2 Jahren versuchten die BesetzerInnen ein selbstverwalteten, konsumfreien Lebensraum zu schaffen. Anatopia wurde ein Begriff und verschaffte den Benz- Bossen schlaflose Nächte. Vor-, Während und Nach der Räumung wurde der Phantasie freien Lauf gelassen um dem Konzern zu schaden. 22 Gewaltaktionen, davon 6 Brandanschläge auf Mercedes-.Benz wurde von Januar bis Februar nach Information des Verfassungsschutzes verübt. Wovon nur in einem Fall die mutmaßlichen Täter gefasst worden sind.



Die Verhandlung ist
am 09.12.1996,
11.00 Uhr, Saal 42
Amtsgericht
Wilhelmshaven
Marktstraße
öffentliche Verhandlung

HUMANITÄT UND POLITIK

Die internationale Presse tummelt sich derzeit wieder im Osten Zaires und in Ruanda. Der aktuelle Anlaß, es gibt wieder Katastrophen zu berichten. Die Objekte der Humanität, die Flüchtlinge sind wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Es ist die Doppelmoral, die hier spricht, denn niemand war gewillt die politische Situation, die nach dem Völkermord in Ruanda entstanden ist tatsächlich zur Kenntnis zu nehmen. Jetzt, wo sich die Auswirkungen zeigen, kann freilich eine neue Katastrophe konstatiert werden.

Das Stereotyp der Opfer von Gewalt, die Flüchtlinge, und die imaginären Gewalttätigen, die mit dem Schein des Irrationalen versehenen Gruppen, die sich beschießen, bilden dabei die Wahrnehmungsfolie, nach der die internationalen Medien die Situation beschreiben. Die rassistische Berichterstattung der Medien tänzelt dabei hin und her zwischen dem im Afrika so gern genommenen Muster von „Stammeskonflikten" und der armen schwarzen Opfermasse, dieser doch so irrationalen afrikanischen Machtpolitik.

Das mittels solcherlei Berichterstattung natürlich nichts erklärt werden kann ist klar, doch wer will die „Katastrophen" in Afrika denn überhaupt verstehen, vielmehr geht es doch um die Schreckensbilder, die der Krisenkontinent liefert. Von daher erscheinen die politisch hervorgebrachten Probleme schon als so etwas wie Naturkatastrophen, die von Zeit zur Zeit den Kontinent und seine „dunklen" Bewohner heimsuchen.

Ein Glück ist es deswegen, daß es die weißen Helfer gibt, die in solchen Zeiten alles menschenmögliche tun um den dahinsiechenden ihre Hilfe anzugedeien. Katastrophenhilfe kommt nur leider per Definition schon immer zu spät, denn sie beginnt erst dann, wenn die Katastrophe schon passiert ist.

Ein ansehnlicher Nebeneffekt ist es natürlich, daß sich in solchen Situationen auch das Spendenaufkommen der Menschen aus dem Norden erhöht, und darum auch die humanitären Organisationen ihren Angestellten einen Rentenanspruch sichern können. Der nigerianische Schriftsteller Achebe Chinua bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Wohltätigkeit ist das Opium der Privilegierten". Der internationalen Presse kommt dabei der Status eines Dealers zu. Sie liefern das Rauschmittel und reizen mit ihren auf Effekte ausgerichteten Bildern das humanitäre Bewußtsein der Menschen.[1]

Im Fokus der Kamera die Katastrophe, und dahinter die Heerscharen der neuen internationalen Welt/un)ordnungskräfte, militärische, sowie logistische (Hilfsorganisationen), die mit dem schönen Wort „humanitäre Intervention"[2] ihre Menschlichkeit zum Ausdruck bringen. Sprachlich klarer wird das neokoloninale Abhängigkeitsverhältnis allerdings wenn die militärischen Ordnungskräfte in „guter kolonialer Tradition" auch noch (wie jetzt überall zu lesen) Schutztruppe genannt werden. Genauso hießen die deutschen Kolonialsoldaten, welche in Afrika den „zivilisatorischen Auftrag" der europäischen Nation als „Bürde des weißen Mannes" auf sich nahmen. Der Diskurs um die Rekolonisation Afrikas hat längst begonnen, er wird heute wieder offen geführt. Das Hauptargument, wenn sich einzelne afrikanische Länder nicht mehr selbst regieren können, müssen halt die Spezialisten wieder ran, denn ihre Zeit des Regierens (direkt rund 100 Jahre) hat wohl nicht ausgereicht den Afrikanern die Vernunft beizubringen. (vgl. Mutombo in Silsila Heft 5 1995). Fakt ist allerdings, daß die heutigen Probleme Afrikas aus der kolonialen Geschichte und den heutigen Neokolonialen Abhängigkeitsstrukturen entstanden sind und weiterbestehen. In diesen Sinne hat Afrika seine Entkolonialisierung noch vor sich.

Zur Vorgeschichte in Ruanda

In der Berichterstattung wird gern das Muster der „Stammeskonflikte" bemüht und so die „ethnische Karte" gespielt. Es geht dabei um die Trennungen zwischen den Hutus und den Tutsis, die auf schon immer dagewesene Differenzen in der Vorkolonialen Zeit zurückgeführt werden um sie somit in die nebulöse graue Vorzeit zu projizieren. Ethnische Identitäten sind allerdings keine immer gleichen Wesen, sondern sie unterliegen als soziale Konstruktionen dem Wandel der Gesellschaft. Die heutigen ethnischen Differenzierungen sind erst in der Kolonialzeit Ruandas geprägt worden unter dem maßgeblichen Einfluß der ersten Kolonialherren, den Deutschen. Diese waren fasziniert vom ruandischen Herrschaftshof und glaubten sogleich in den Herrschern einen europäischen Ursprung zu entdecken. Die Herrschaftsdifferenzen wurden somit durch eine rassistische Zuschreibung erklärt. So entstand die Hamitentheorie, welche besagt, daß die Tutsis aus einer europiden „Rasse" entstammten und von Norden um das 16 Jahrhundert nach Ruanda eingewandert seien und ein „Königreich" erichtet hätten.[3] Diese Verschiebung von sozialen zu „rassischen" Kategorisierungen übernahemen auch die belgischen Kolonialherren, Ruanda war nach dem ersten Weltkrieg Belgien zugesprochen worden. Die belgischen Kolonialherren führten auch einen ethnischen Ausweis ein, indem alle die mehr als zehn Rinder besaßen als Tutsi eingetragen wurden und die Anderen als Hutu galten. Diese Kategorien lagen allerdings quer zur Realität, so daß viele Familienangehörige die vorher als Tutsis galten nun Hutus waren und umgekehrt. Wer allerdings danach als Tutsi galt hatte Privilegien und war im Kolonialsystem besser gestellt. Der Kolonialismus bedeutete eine Neustrukturierung der Gesellschaft und der sozialen Verhältnisse. Kollektive Identitäten wurden neu geprägt. Es begann der Import des „Tribalismus" „als ein Produkt der Art und Weise, in der die Menschen unter dem Kolonialismus zusammengewürfelt wurden, um ausgebeutet zu werden. es war ein Produkt der kolonialen Verwaltung, des unterschiedlichen Zugangs zur kolonialen Wirtschaft und Kultur durch einzelne ethnische Gruppen". (Walter Rodney „Afrika", 1983 / S. 195)

Als dann in den 50er Jahren die Tutsis den Kolonialherren aufgrund ihrer Dekolonialisierungsbestebungen zu renitent wurden, sie sympatisierten mit der Befreiungsbewegung von Patrice Lumumba im ehemaligen belgisch Kongo, begannen die Belgier die Hutus zu unterstützen. Nach einigen Morden an verschiedenen Parteileuten der unterschiedlichen Parteien kam es dann zu den ersten Pogromen an den Tutsis 1959, denen noch weitere Anfang der 60er Jahre folgen sollten. Die Ereignisse von 1959bis1962 werden von vielen Hutus als soziale Revolution betrachtet und wurden später auch immer als identitätsstifender Mythos benutzt. Die Reaktion hierauf

war eine große Fluchtbewegung von Tutsis in die verschiedenen Nachbarländer hauptsächlich nach Uganda. Die Parmehutu Partei wurde die führende Kraft im Lande und bekam auch 1962 ihre formale Unabhängikeit. Das koloniale Privilegienverhältnis kehrte sich um, jetzt bekamen die Hutus die Vorrechte in Ruanda. Innere Parteistreitigkeiten und ein Machtgefälle waren die Gründe, daß sich 1972 dann der aus dem Norden stammende General Juvenal Habyarimana an die Macht putschte. Er regierte daraufhin Ruanda von 1972 - 1994. Er führte eine Zwangsmitgliedschaft aller in seiner Partei ein und stellte ein Quotensystem für die Beteiligung der „ethnischen Gruppen" an der Verwaltung mit auf. Was die Wahrnehmung der Einzelnen in ethnischen Kategorien weitertransportierte.

1990 startete dann die RPF (Ruanda patriotic Front) einen Einmarsch nach Ruanda von Uganda aus. Die RPF rekrutierte sich aus der zweiten Generation der Flüchtlinge, die in den frühen 60er Jahren geflohen waren. Die meisten Mitglieder der RPF waren mit der monarchistischen Ideologie ihrer Väter nicht mehr verbunden. Ihre führenden Mitglieder Paul Kagame und Fred Rwigyema hatten zusammen mit Yowerie Museveni in Mosambique, sowie in Uganda gegen Milton Obote gekämpft. Die RPF, die sich 1987 gegründet hatte, stellte immer wieder die Forderung nach Rückkehr, die aber jedesmal von der ruandischen Regierung abgelehnt worden war. Ihr Vormarsch führte sie 1990 bis kurz vor die Tore Kigalis. Wurde aber unter anderem mit Hilfe eines französischen Kontingents Fremdenlegionäre aufgehalten, welches kurzfristig zur Unterstützung des Habayarimana Regimes entsandt wurde. Die Franzosen unterstützten ihre Günstlinge auch in der Folgezeit mit Waffenlieferungen und Krediten.

Der militärische Druck von Seiten der RPF und internationale diplomatische Beziehungen veranlaßten das Habayarimana Regime in der Folgezeit, wenn auch widerwillig, Verhandlungen mit der RPF zu führen.

Die Verhandlungen waren allerdings nur Teil einer Doppelstrategie des Habyarimana Regimes, einerseits nach außen hin „goodwill" zu demonstrieren und nach innen hin die Militarisierung und Spaltung der ruandischen Gesellschaft voranzutreiben. Die Armee wurde von 5000 auf 40000 Soldaten ausgebaut. Hinzu kam noch die Gründung der Interhamwe Milizen, die bei dem Völkermord von 1994 eine herausragende Rolle spielten.

1991 fanden wieder Pogrome an Tutsis statt denen 1300 Menschen zu Opfer vielen und es wurden mehrere Tutsis sowie oppositionelle Hutus verhaftet und als Kollaborateure der RPF angeklagt. Am 10, Dezember 1990 veröffentlichte die Zeitschrift Kangura das rassistische Hutu Manifest, welches 10 Punkte umfaßte, indem alle Hutus aufgefordert worden ihre Kontakte zu Tutsis abzubrechen und diese als ihre Feinde zu betrachten.

Der Genozid

In der Zeit von 1990 bis 1994 wurde der Genozid geplant und die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen ihn auch durchzuführen. Koordiniert wurde dies vom „Network Zero" dem mehrere Mitglieder des Akazu[4] angehörten. Aus diesen Reihen kam wohl auch der Befehl zum Abschuß von Habayarimanas Flugzeug am 6. April 1994. Vermutlich wurde das Präsidentenflugzeug - ein Geschenk der französischen Regierung - mit einer französischen Boden-Luft-Rakete vom Gelände der Präsidentialgarde aus abgeschossen. Knapp eine Stunde später begann der Völkermord. Die Mörder gingen dabei mit sorgfältig vorbereiteten Todeslisten vor auf denen auch viele Namen von Oppositionellen oder gemäßigten Hutu Politikern standen, die für ein Ausgleich mit der RPF eintraten gemäß dem Arusha- Friedensvertrag[5] eintraten. Danach begann das Morden im ganzen Land die Interhamwe Milizen, die Präsidentialgarde aber auch große Teile der Bevölkerung ermordeten ca. 800000 - 1.100000 Menschen und das in etwa zweieinhalb Monaten. Das sind über 11000 Menschen pro Tag in einem Land von etwa der Größe Hessen. Gemordet wurde mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Macheten. Die nachträglichen Schätzungen gehen davon aus, daß sich zwischen 40% bis 60% der Hutu-Bevölkerung in irgendeiner Weise an dem Völkermord beteiligten, wenn auch nicht alle beim direkten Morden.

Die Reaktion der UN gegenüber dem Völkermord war simpel und fatal, die Truppen, die zur Überwachung des Friedensvertrages von Arusha in Ruanda stationiert waren wurden mit Beschluß vom 21.04.94 des UN Sicherheitsrates von 2400 auf 270 Soldaten reduziert. Somit wurden ca. 25 000 Menschen, die sich in den Schutz der UN-Truppen geflüchtet hatten den Schlächtern preisgegeben. Als dann die RPF im Juni 1994 kurz vor der Einnahme von Kigali stand, erklärte Frankreich, daß sie nun eingreifen wollen in „humanitärer Absicht". Die Operation Turquoise wurde vom Sicherheitsrat gebilligt und Frankreich schickte ‚über den Flughafen Goma im Zaire, Truppenkontingente in den von der RPF noch nicht befreiten Teil Ruandas. Diese Operation sicherte der von der RPF geschlagenen Schlächter- Armee der Regierung ihren Rückzug nach Zaire. Dabei nahm sie alles mit, was nicht niet- und nagelfest war, ihre volle Bewaffnung, die Staatskasse, Fahrzeuge und ein großen Teil der Bevölkerung, die auch an dem Morden beteiligt gewesen war. Über den Rundfunk, der vorher zum Füllen der Massengräber aufgerufen hatte, wurde jetzt die Bevölkerung zur Flucht aufgefordert. In einigen Gegenden wurde bei Menschen, die nicht mitfliehen wollten mit Androhung von Gewalt nachgeholfen. Es flohen über eine Million Menschen nach Zaire in die Flüchtlingslager bei Goma und in die Provinzen südlich des Kivu Sees. Die Franzosen ermöglichten so ihren langjährigen Bundes-

zweiwöchiger „Irrfahrt" sich mit einem Schlag 500 000 Flüchtlinge auf den Weg nach Ruanda machten und wo sind die Hutu-Milizen geblieben?

In Ruanda selbst gab es bist jetzt keine Anzeichen von Racheaktionen, aber die Rückkehr der Flüchtlinge birgt doch jede Menge Probleme und sorgt bei vielen Überlebenden für Bitterkeit. Die Täter von damals kehren zurück teilweise in gesamten Familienverbänden mit Großeltern und Enkeln. Während viele Tutsis die einzigen Überlebenden aus einer manchmal bis zu hundert Menschen umfassenden Verwandschaftsgruppe sind.

In Zaire selbst halten sich immernoch große Teile der Hutu-Milize auf, die eng mit rechtsgerichteten Kräften aus dem Zaire zusammenarbeiten. Außerdem befinden sich wahrscheinlich westlich von Goma und im Südkivu noch eine unbestimmte Zahl von Flüchtlingen(die Zahlen gehen von 200 000 bis700 000) deren Lage im Moment recht unklar ist. Klar ist jedoch, daß solange die Hutu-Milizen im Zaire nicht entwaffnet und aufgelöst, und die Völkermörder nicht vor Gericht gestellt werden, wird das Problem weiterbestehen. Eine „Humanitäre Intervention" und das Einrichten von neuen sog. Schutzzonen würden den Mördern weiter Unterschlupf bieten und die Region weiter destabilisieren.

Will sich die „internationale Gemeinschaft" ernsthaft mit den von ihr mit verursachten Wirren auseinandersetzen muß sie einige Dinge begreifen: Erstens:„Es handelt sich nicht um eine humanitäre Katastrophe, sondern um Krieg. Genauer: um eine Kette von Kriegen in der Grenzregion von Zaire, Ruanda und Burundi, geführt mit dem Mittel der „ethnischen Säuberung" und dem Ziel territorialer Alleinherrschaft.

Zweitens: Diese Kriege sind der Tiefpunkt einer politischen Krise. Die dreißigjährige schreckensherrschaft Mobutus ist Bankrott, Ruandas Hutu-Völkermörder im Exil und Burundis Tutsi-Diktatoren von Rebellen belagert, aber sie alle vergiften noch immer das Klima in ihren Ländern. Die „ethnischen Säuberungen" sind zum Hauptinstrument der Politik avanciert. Der todkranke Mobutu, der sein Krankenbett neben seinen Bankkonten in der Schweiz aufgeschlagen hat, schafft es noch immer, seine Landsleute gegeneinander aufzuhetzen und dann um humanitäre Hilfe zu bitten. Aber nicht derjenige braucht am nötigsten Hilfe der am lautesten schreit. Jahrelang hat Mobutu es geschafft, als Gastgeber für ruandische Flüchtlinge Hilfe in Milliardenhöhe anzusaugen. Damit muß Schluß sein. Hätten Hilfsorganisationen sich nicht in ihrem Mitleid für die Ruander in Zaire überboten, wäre nie der von internationaler Hilfe lebende Hutu-Staat auf zairischem Boden entstanden, der Verbrechern Schutz bot und die Region destabilisierte. Nun ist das vorbei -hoffentlich für immer.

Wer jetzt wieder mit Flugzeugen voller Humanität nach Goma fliegt, bereitet den Nährboden für den nächsten Krieg."
(aus einem Kommentar von Domini Johnson in der taz vom 4.11.96)

P.S. Dieser Artikel erhebt nicht den Anspruch eine umfassende Analyse der Situation im Gebiet der großen Seen zu leisten, er ist vielmehr der Versuch einige der Haupkonfliktlinien in der Region aufzuzeigen und der allgemeinen Konfusion zu m Thema Ruand/ Zaire und Hutu/Tutsi entgegenzuwirken.

[1] Rony Braumann einer der Gründer von Medecins sans frontieres (Ärtzte ohne Grenzen) schreibt in seinem Buch Hilfe als Spektakel - nach den Erfahrungen des Völkermords in Ruanda - „Das Spektakel der Hilfe" ist mittlerweile an die Stelle der Politik getreten, die punktuelle Linderung des Leidens ersetzt in unserer Fernsehgesellschaft den Kampf gegen das Böse"

[2] Zu humanitären Intervention und Hilfe schreibt Jörn Schulz: „Und nicht wenige von ihnen kompensieren ihre Hilflosigkeit mit dem lautstarken Ruf nach militärischer Intervention. Humanitäre Hilfe kann eine humanitäre Gesellschaftsordnung nicht ersetzen und schon gar nicht schaffen. Es ist schon bemerkenswert, daß in der Interventionsdiskussion kaum nach den Ursachen der afrikanischen Krise und nach möglichen Lösungen gefragt wird. Eine Hilfe, die mehr leisten will als die Öffentlichkeit zu beruhigen und aufgeblähten Armeen neue Betätigungsfelder zu schaffen, muß politisch sein und Partei ergreifen." (Schulz Kommune 1/ 1995)

[3] Mit dieser Theorie begründen die faschistischen Hutu Milizen bis Heute ihr Recht, mit Bezug zum Mythos der sozialen Revolution von 1959, auf die „Wiedervertreibung" und Vernichtung der Tutsis unter deren vermeintlichen Fremdherrschaft sie seien. (vgl. Der Überblick 3/94 Rene Lemarchand)

[4] Akazu heißt wörtlich das kleine Haus. Das ist der Kreis der Vertrauten des Präsidenten, der harte Kern, der Verfechter der Endlösung, darunter auch die Familienangehörigen des Präsidenten.

[5] 1993 wurde in Arusha ein Friedensvertrag ausgehandelt zwischen dem Habayarimana Regime und der RPF Er sah eine Übergangsregierung unter Beteiligung der RPF vor. Daher ruhten die Kämpfe bis zum Start des Völkermords.

[6] Aus wie ein Floß in der Nacht von Dominic Johnsen und Willi Germund

[7] Ebenda Seite 110-111

[8] Als Banyarwanda werden in den Nachbarländern Ruandas Menschen Bezeichnet die Kinyarwanda sprechen

[9] Quelle: Mail Guardian vom 7.11.96 (Südafrikanische Wochenzeitschrift).

junge Welt

abonniert die junge Welt, um das bestehen der linken tageszeitung weiterhin zu sichern!
junge Welt, am treptower park 28-30, 12435 berlin. oder per fax: (030) 68834-343

Heute, ist Matthes, der letzte Gesuchte im „radikal"-Verfahren zurückgekehrt.

Im Zuge der bundesweiten Durchsuchungen am 13.06.95 tauchte er gemeinsam mit drei weiteren Beschuldigten unter, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen. Genau ein Jahr später kamen Jutta, Frank und Ulli zurück, um sich den Verfahren zu stellen. Matthes blieb weiter untergetaucht. In einer Presseerklärung vom 13.06.96 beschreiben die drei Aufgetauchten ihren Entschluß, sich zunächst den Verfahren zu entziehen so: „Da die ganze Situation unkalkulierbar war, haben wir es damals vorgezogen, uns erstmal aus den Staub zu machen. Aufgrund des riesigen Aufwandes des Staatsschutzes war es zu erwarten, daß die Verhafteten / und somit auch wir Gesuchte für geraume Zeit im Knast landen. In so einer Situation ist es gut, die Möglichkeit zu haben, abtauchen zu können und dann aus der Ferne zu gukken was weiter passiert, wie sich das ganze entwickelt. Auf diese Weise hat mensch erstmal Zeit und Platz und im günstigen Fall auch Leute, um die neue Situation in den Griff zu bekommen, zu diskutieren und selbst zu entscheiden, was mann/frau machen will".

Wir nehmen an, daß Matthes sein Abtauchen ähnlich begründen wird. Zu seiner jetzigen Rückkehr teilte er mit, daß er an einen Punkt angelangt sei, wo zur Entscheidung stand, sich endgültig in seinem Fluchtland einzurichten oder jetzt zurückzukommen. Er hat sich dafür entschieden, den Prozeß zusammen mit den anderen Beschuldigten zu führen und während des Prozesses anwesend zu sein. Sicherlich hat auch noch eine Rolle gespielt, daß der Vorwurf der AIZ-Mitgliedschalft, der gegen Matthes bestand, fallengelassen wurde.

Moin, moin!
Bremen, den 25-11-96

Heute tauche ich nach ca. anderthalb Jahren wieder in Bremen auf. Noch ist es nicht deutlich was mich erwartet, ob ich in Bremen bleiben kann oder ob ich erst in den Knast muß. Bis vor kurzem lief noch ein Ermittlungsverfahren wegen der AIZ gegen mich, was nun eingestellt wurde. Dies erfreut mich und beschleunigte mein Auftauchen. Das andere Verfahren ist ja sicher bekannt: Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Herstellung der ‚radikal'.

Also muß ich mich mit der Situation auseinandersetzen ein halbes Jahr abzugehen oder überhaupt nicht. Falls ich dann auf freien Fuß gesetzt werde, müssen 20.000 DM aufgetrieben worden sein und als weiteres werde ich mich wahrscheinlich drei Mal in der Woche bei den Bullen melden müssen und bekomme noch ausgestellt, daß ich mich mit einer bestimmten Zahl von Leuten nicht treffen darf - also Kontaktverbot. Darauf lasse ich mich ein, wenn ich zurückgehe.

Dem stand die Möglichkeit gegenüber in den Niederlanden zu bleiben. Seit mehr als einem Jahr bin ich nun weg. Die Zeit war nicht immer einfach. Viele Konflikte verharmlosten sich, andere taten sich auf. Dennoch überwog häufig das Gefühl, ihnen ein Schnippchen geschlagen zu haben. Das war auch in der ersten Zeit ein gutes Gefühl - einfach zu sehen, daß ihr Apparat doch nicht vollständig funktioniert. Ihre Trefferquote betrug am 13.6.95 schlicht 50% und bedenkt mensch: an dieser Aktion waren 2000 Bullen, aller erdenklichen Einheiten, beteiligt.

Nach außen sah diese ganze Sache bombastisch aus, trotzdem zeigten sich die ersten Fragezeichen, als diese Aktion nur einen Tag Interesse fand in der bürgerlichen Öffentlichkeit. - Mit diesem Gefühl also abgetaucht und diesen Schlag verarbeiten.

In einigen Städten bekam die Szene eine neue Beschäftigung - Antirepressionsarbeit. Die Aktion ‚Wasserschlag' ist in aller Munde, zumindest gibt es niemanden, der nicht schon mal davon gehört hat. Die klassischen linken und feministischen Reaktionen stellen sich ein. Veranstaltungen wurden onganisiert, Plakate wurden verklebt, Sprüche gesprüht, kleinere Demos fanden statt. Dann gab es auch eine Demo mit 5000 Leuten in Hamburg und eine Extra-Zeitung kam auf den Markt, Soli-Partys ohne Ende und das sprengt den üblichen Rahmen!: auch zwei neue radis wurden den LeserInnen nicht vorenthalten und mensch munkelt, sie sollen jetzt sogar gelesen werden (von der Alt-Szene), die Jüngeren hatten darauf ja immer schon Bock. - Aber zurück zum Thema!

Für mich war die Anfangszeit davon geprägt, zu gucken was sich in der BRD so tut. Viele Leute rödelten und ich saß hier fest und konnte nur registrieren. Lesen war eine Hauptbeschäftigung, aber was weitaus wichtiger war, daß ich Leute fand, mit denen ich reden konnte.

Danach begann das Zuhören. Ich wußte nicht soviel von Holland. Sicher habe ich schon gehört, daß mensch hier Coffeeshops hat, daß es hier liberaler zugehen soll und überhaupt viel schöner ist als Kaltland. Aber mit dieser Oberfläche hier zu leben ist unmöglich. Die Leute sind auch scheiße, die Gesetzgebung ist auch repressiv -natürlich nicht so hart wie in der BRD , die koloniale Geschichte wird sehr zurückhaltend behandelt und die Marktwirtschaft, sprich Kapitalismus, ist hier auf höchstem Niveau entwickelt. Es gibt hier auch zig SprecherInnen, die links für tot erklärt haben, sich distanzieren und ihre Hauptaufgabe darin sehen, linke Ideen zurückzudrängen. Dennoch auf der anderen Seite gibt es noch immer viele ‚kraaks', z.B. in Amsterdam, Amheim, Nijmwegen und Utrecht etc. Aber auch gegen den ‚koppelingswet' finden Demos und Veranstaltungen statt. Dieses eben benannte Gesetz schreibt die Behandlung von illegalen Flüchtlingen vor, wie sie aus Krankenkassen, Sozialhilfe, Schulversorgung usw. ausgeschlossen werden sollen. Aber ich will jetzt nicht alles aufzählen, was ich hier so mitbekommen habe. Im großen und ganzen ist es vergleichbar mit der BRD. Dennoch will ich einen Unterschied nicht unerwähnt lassen. Soziale Bewegungen werden als Ansprechpartner akzeptiert. Dies wird deutlich, wenn mensch die Berichterstattung betrachtet zu Faschisten, zu Durchsuchungen bei der Ravage oder auch über politische Kampagnen, wie die Erweiterung des Flughafens Schiphol.

Dennoch kommt nach einiger Zeit das Gefühl zurück, was mache ich hier eigentlich. Natürlich bin ich beschäftigt, mit der hiesigen Geschichte und Realität, aber die Entwicklungen um das Verfahren in der BRD holen mich immer wieder ein. Mensch macht sich Hoffnungen, weil z.B. vier Leute mit einer ähnlichen Anklage aus dem

Knast kommen oder ist überrascht, daß am 13.6.96 nur einer in der Kiste bleibt und zwei weitere wieder gehen können. Das sind Geschichten, wo es klar wird, die Zeit hier wird mehr und mehr zu einem Übergang. Es setzt sozusagen ein Doppelleben ein. Mensch denkt dauernd an Deutschland, lebt hier aber einigermaßen holländisch -spricht die Sprache, liest die Zeitung usw. Um so länger ich wegbleibe, um so mehr Zeit muß ich dafür aufwenden mein Leben in Holland zu organisieren. Da ich das dann nach meinen Vorstellungen realisieren will, bedeutet dies zwangsläufig die Kontakte nach Deutschland zu beschränken. Mit diesem Doppelleben klarzukommen, war nicht einfach. Das machte sich auch an Beziehungen bemerkbar, daß mensch z.B. oft mit seinen Gedanken woanders war.

In meiner Situation war es wichtig, nicht die Realität aus den Augen zu verlieren. - Was läuft nun in der BRD? Wie ist der Stand des Verfahrens? Wie entwickeln sich Diskussionen? usw. - Dies mußte ich im Kopf behalten. Denn Verdrängen führt dazu sich mehr und mehr zu entziehen, d.h. einem ist das Risiko nicht mehr bewußt, doch mal abgegriffen zu werden. Mensch lebt also in einer Art Spannung, die mal mehr - mal weniger auftaucht. Diese Spannung drückt sich aber nicht nur in bezug zur Repression aus. Sie ist auch besonders spürbar, wenn mir Konflikte zu Ohren kommen. In solchen Situationen kam es sehr stark auf die Vermittlung an, damit ich überhaupt reagieren konnte. Oft kam es mir dabei hoch - mal auf den Tisch zu hauen , aber meistens war die Auseinandersetzung dann schon wieder an einem anderen Punkt. Sich in Diskussionen eingebunden fühlen, war schwierig. Dieses Gefühl tauchte eher selten auf. Wenn ich mich dann mal äußerte, kam es falsch an und ich wurde mit Interpretationen konfrontiert, die mit meiner Situation nur wenig zu tun hatten. Dies entschuldigte ich oft damit, daß die Leute in der BRD unheimlich beschäftigt sind und meine Realität einfach nicht wahrnehmen können. Natürlich könnten sie, wenn sie wollten, aber als Abgetauchter ist mensch weit weg....

An dieser Stelle will ich nochmal nachdrücklich betonen, das ich abgetaucht war und nicht im Exil. Exil ist natürlich der einfachere, griffigere Begriff und ich habe ihn auch verwendet. Aber nach mehreren Diskussionen schien sich dieser Begriff ‚Exil' eher auf viele kleine und größere Fluchtbewegungen zu beziehen. Wie z.B. im Deutschen Reich 33-45, wo sehr viele Menschen betroffen waren von Flucht. Viele bekamen in europäischen Ländern, aber nicht nur dort, Aufenthaltsrechte, viele blieben Illegal -abgetaucht. Andere konnten Öffentlichkeit schaffen über die Zustände im Faschismus aufgrund ihrer Anerkennung als Flüchtlinge, was zum Beispiel sichtbar wurde in der Exilliteratur, im Exiltheater usw.

Dies konnte auch bei dem Militärputsch in Chile beobachtet werden. Hier nahm z.B. die ehemalige DDR viele Menschen auf und sie konnten dem sicheren Tod entkommen, konnten selbst Ausbildungen beginnen und eine neue Lebensperspektive entwickeln. Aber nicht nur in Chile der siebziger Jahre kam es zu großen Fluchtbewegungen.

Auch bei dem Putsch in der Türkei 1980 waren viele Menschen gezwungen, sich den faschistischen Häschern zu entziehen. Dies war ihnen in vielen europäischen Staaten möglich. Auch hier gab es wieder Leute, die sich legal äußern konnten, und ein anderer Teil rettete sich, indem sie ein verdecktes Leben begannen. Ganz aktuell ist es immer noch bei der Situation in Kurdistan, was von der türkischen Kolonialmacht besetzt ist.

Diese Reihe könnte noch fortgesetzt werden mit Ungarn, Südafrika, Uruguay, El Salvador und vielen anderen Ländern.

Wer oder Welche sich diese kurzen Beispiele nochmal vor Augen führt, merkt: In der BRD ist keine so extreme Situation, wo massenweise Menschen aus ökonomischen oder politischen Gründen flüchten müssen. So war es auch nicht am 13.6.95. Ich hätte auch in den Niederlanden niemals um politisches Asyl fragen können, weil ich aus einem sicheren Drittstaat komme und weil die niederländischen Autoritäten meinen, daß die Rechtsgarantie in Deutschland hoch entwickelt sei. Somit wäre es auch falsch zu analysieren: solange in Holland zu bleiben bis sich die Zustände in der BRD grundsätzlich verändern. Mit dieser Perspektive hätte ich nämlich auch nicht in Holland bleiben können, weil es sich, wie oben schon erwähnt, in rechtlicher, ökonomischer und politischer Ausrichtung nicht viel von der BRD unterscheidet. Aus diesem Grunde lebte ich abgetaucht in den Niederlanden.

Noch einen Unterschied will ich nicht unter den Tisch fallen lassen. Ich war nicht in der Situation, daß ich mich in der BRD gegen ein besonders repressives Regime wehre, wie z.B. dem Hitler-Faschismus, dem Chile der siebziger Jahre oder auch nicht mit der heutigen kurdischen Situation konfrontiert war. Umso länger ich mich mit dem Thema ‚Exil' beschäftigte, erschien es mir als falsch, mich als Exilierten zu definieren. Besonders wichtig war dabei, daß ich nicht mit dem TOD bedroht war. Knast ist natürlich auch keine feine Sache, aber ich kann mich so einigermaßen darauf verlassen, daß ich nicht gefoltert werde. Daß dies in der BRD geschieht und auch weiter geschehen kann, will ich damit keinesfalls ausschließen. Aber es ist ein Unterschied 5, 10, 15 oder 20 Jahre eingeknastet zu werden oder eben mit einem halben Jahr zu rechnen, was schon lang genug ist.

Somit ordne ich meine abgetauchte Zeit ein, als ein entziehen vor der BRD-Justiz und das ich es in der Hand habe, wann und wo ich mich in ihre Fänge begebe. (...)

Eine weitere Überlegung nun wieder aufzutauchen war, daß es hilfreich sein kann, bei dem Prozeß mit acht Angeklagten aufzutreten. Mittlerweile ist das nicht mehr so aktuell, weil es sein kann, daß mehrere Prozesse stattfinden. Was aber weiterhin stimmt, daß dann jede und jeder seine/ihre eigene Stimme hat und sich entsprechend zu anstehenden Diskussionen verhalten kann. Wie ich oben andeutete, ist dies häufiger schon in mir aufgekommen. Als besonderes Beispiel fällt mir ein Artikel in der ‚Trouw', einer überregionalen holländischen Tageszeitung ein, wo es u.a. um das Auftauchen am 13.6.96 ging und eben meinen Verbleib in Holland. Dieser umstrittene Artikel erzeugte mehr Diskussionen und Reaktionen in bezug auf die Abgetauchten, als je zuvor. In der Soli-Szene wurde es heiß diskutiert.

Auch an der Diskussion, warum Erkenntnisse aus den Akten so spät veröffentlicht wurden, wäre ich gerne beteiligt gewesen. Sicher gäbe es noch mehr Punkte zu benennen, wo ich gerne Teil der Diskussion gewesen wäre, aber das würde den Rahmen hier einfach sprengen.

So das wars! Matthes

„no pasaran!"

Tausende riefen diese Parole begeistert immer und immer wieder. Und jedesmal, als wieder eineR oder ein kleines Grüppchen der InternationalenBrigadistInnen den mit ZuschauerInnen vollbesetzten Sportpalast von Barcelona betraten, begann ein begeisterter Applaus.

"No Pasaran"- Sie werden nicht durchkommen - rief die spanische Bevölkerung vor 60 Jahren den putschenden Militärs entgegen. Es wurde zum Kampfruf aller, die die junge spanische Republik - und damit ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit, ja, die Hoffnung auf eine Umwälzung der Verhältnisse - verteidigten gegen das Bündnis aus katholischem Klerus, Faschisten und den Generälen um Francisco Franco.

Im Zuge des Spanischen Bürgerkriegs, der 1936 durch einen Militärputsch begann und bis 1939 andauerte, erreichten im nordostspanischen Katalonien AnarchistInnen unter der Führung der syndikalistischen Gewerkschaft CNT zunächst tatsächlich die Etablierung revolutionärer, befreiter Gebiete. Teilweise wurde hier das Geld abgeschafft und die Wirtschaft auf den eigentlichen Bedarf der Menschen ausgerichtet. Es existieren aus dieser Zeit Bilder vom Hotel Ritz, aber anstatt der Reichen sind dort einfache Familien, ArbeiterInnen, Mütter mit ihren Kindern zu sehen, die sich von zuvorkommenden Kellnern bedienen lassen!

Der Rest der Republik war dagegen entweder schon in faschistischer Hand, oder eben der regulär gewählten Volksfrontregierung (mit sozialistischer und kommunistischer Beteiligung) unterstellt. Ein Hauptproblem, mit dem die Republik nach dem Putsch der Generäle zunächst zu kämpfen hatte, war einerseits die massive Unterstützung der Gegner durch die seinerzeit faschistischen Staaten Deutschland und Italien, andererseits war ein Großteil der Armee zu den Faschisten übergewechselt. Zwar schien es genügend Offiziere auf Seiten der Republikaner zu geben, auch gab es schlagkräftige Milizen der AnarchistInnen, doch einfache Soldaten, die sich in die republikanische Armee einreihen würden, fehlten. So wurden innerhalb Spaniens so gut es ging Freiwillige rekrutiert - eine große Hilfe waren aber auch Frauen und Männer aus der ganzen Welt, die nach Spanien reisten, um für die Freiheit und gegen den Faschismus zu kämpfen: die InternationalenBrigadistInnen.

Ihre Bedeutung lag dabei weniger in ihrer militärischen Kampfkraft (obwohl ihre aufopfernde Haltung Bewunderung verdient), sondern auf einer smbolischen Ebene. Ca. 50 000 BrigadistInnen aus über 30 Ländern kamen hierher - ein in der Geschichte bisher einzigartiges Ereignis, sowohl das Ausmaß, als auch die Solidarität, die hier über Nationen und Kontinente hinweg praktisch wurde, betreffend. Unter den InterbrigadistInnen waren ungefähr 5000 Deutsche, die meisten von ihnen kamen aus dem Widerstand gegen die Nazis, nicht wenige hatten bereits Arbeitslager, KZ oder Zuchthaus hinter sich.

Wir hatten nun Anfang November das Glück, an ihrem Treffen anläßlich des 60.Jahrestages ihrer Ankunft in Spanien da-

beizusein. Etwa 350 BrigadistInnen, alle weit über 80 Jahre alt, traten noch einmal die Reise nach Spanien an, um sich von der Bevölkerung feiern zu lassen und ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Angekommen waren sie in Madrid, wo sie bereits von Tausenden euphorisch empfangen wurden.

Vertreter der Regierung behandelten sie jedoch in weit unwürdigerem Rahmen: es erschien nur der Vize-Vize-Premier Spaniens, der den InterbrigadistInnen, zusammengedrängt in einem kleinen Nebenraum des Parlaments, Urkunden verteilte, in denen ihnen die Spanische Staatsbürgerschaft verliehen wird. Allerdings nur, falls sie ihre bisherige aufgeben - was jedoch den Verlust sämtlicher Renten in ihren Heimatländern bedeutet.

Die Ignoranz der Regierung läßt sich leicht erklären. Der neue spanische Premier Josée Aznar kommt aus der konservativ-bürgerlichen P.P. (Partido Popular), in deren Reihen viele ehemalige Franquisten zu finden sind. So meinte ein hoher Vertreter der P.P.: "Für mich sind die Internationalen Brigadisten nichts weiter als Mörder und Banditen". Daß auch der König nicht kam, ist ebensowenig verwunderlich, schließlich war es der Feudalismus, den abzulösen die spanische Republik damals angetreten war. Problematisch nur, daß der frühere Ministerpräsident und jetzige Oppositionsführer Felipe Gonzáles und mit ihm die sozialdemokratische PSOE die öffentliche Empörung über den miesen Umgang der P.P. mit den BrigadistInnen für ihren eigenen Wahlkampf nutzen.

Auch die deutsche Regierung hat sich bisher geweigert, den BrigadistInnen auch nur ein Mindestmaß an Anerkennung entgegenzubringen. Man will sich im brd-Establishment offensichtlich jenes Kapitels deutscher Geschichte entledigen, das mit Faschismus, bürgerlicher Feigheit und dem Mut antifaschistischer Widerstandskämpferlnnen zu tun hat. Umso schlimmer ist es für die deutschen BrigadistInnen, daß sie diese Mißachtung auch finanziell zu spüren bekommen: Während die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht, die - wie im Fall der berüchtigten Legion Condor - auf Seiten der Faschisten in Spanien kämpften, ihre Rente in voller Höhe beziehen, wird den InterbrigadistInnen deren Zeit in Spanien auf die Rente nicht angerechnet.

Wir trafen auf die BrigadistInnen bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof des Städtchens Albacete, vor 60 Jahren Stützpunkt der Republikanischen Armee zur Verteilung der Internationalen und nun zweite Station ihrer Reise.

Schon vorher prangt ein riesiges rotes Tuch vor dem Bahnhof, davor ein Rednerpult. Brennende Hitze. Am Bahnsteig selbst, auf dem der Zug mit den BrigadistInnen einfahren soll, ist bereits eine halbe Stunde vorher überfüllt mit Menschen - Jugendliche, Alte, ganze Familien stehen hier und wollen die Internationalen BrigadistInnen begrüßen. Eine ungeheuer angespannte Atmosphäre liegt in der Luft, alle reden durcheinander - da fährt langsam der Zug ein. Unter begeistertem Klatschen steigen die ersten BrigadistInnen aus, langsam einer nach der anderen, uralte Grauhaarige, manchen werden Rollstühle gebracht. Einzelne sehen aus, als seien sie schon 100 und älter! Menschen umarmen die herzlich die Ankommenden, es scheint, als würde man sich noch von früher kennen. Einige der BrigadistInnen, aber auch Einheimische weinen vor Freude, ein alter Brigadist vor mir zittert mit zusammengekniffenen Augen vor Rührung... Die Menge skandiert "no Pasaran!" und "Jetzt seid Ihr zuhause!"

Mehr oder weniger durch Zufall bekamen wir Kontakt zur deutschen Gruppe der BrigadistInnen, die aus 17 Männern und einer Frau bestand. Mit ihnen reisten 22 Angehörige und SympathisantInnen.

Wir wurden eingeladen, mit den BrigadistInnen ein Stück im Reisebus fahren zu dürfen. Auf den ersten Blick hatte diese Gruppe etwas von einer einer typische SeniorInnen-Reisegruppe. Doch dieser Eindruck änderte sich bald, als die spanische Begleiterin durch's Mikro sagte, der Bürgermeister von Albacete sei ein Rechter - alle buhten.

Nach einiger Zeit mit den Internationalen BrigadistInnen merkten wir, daß sie auch in anderer Hinsicht nicht unserem Bild typischer Greise entsprechen. Das fängt bei der Klarheit, die aus ihren Augen spricht, an und offenbart sich vollends darin, wie sie über linke Politik denken und reden. Wir durften feststellen, daß die meisten von ihnen sehr wohl in der Gegenwart leben und weit davon entfernt sind, in ihrer - wahrlich bewegten - Vergangenheit aufzugehen. So hoben alle Mitglieder der britischen Brigade die Fäuste und sangen die Internationale, als sie sich zum Gruppenfoto vor einem Denkmal aufstellten. Oder mehrere us-amerikanische Brigadisten, die bekannten, nach wie vor Mitglieder der kommunistischen Partei zu sein. Sie endeten ihre Rede damit, daß die Solidarität, die Einheit und der gemeinsame Kampf für die Humanität und gegen den Kapitalismus hoch lebe!

Ein anderes Beispiel ist der 83-jährige Fred. Eines Abends in Albacete hatten wir die Gelegenheit, uns mit ihm bei 8 Flaschen Rotwein ausgiebig zu unterhalten. Fred schloß sich mit 19 Jahren dem kommunistischen Widerstand gegen die deutschen Faschisten an, wurde einige Zeit später verhaftet, kam für ein Jahr ins Zuchthaus und war daraufhin ein Jahr lang Moorsoldat im KZ bei Papenburg. Nach seiner Freilassung - eine erneute Verhaftung war zu befürchten - ging er nach Spanien und schloß sich den Internationalen Brigaden an. Er kämpfte dort bis zum Ende des Bürgerkriegs und wurde zwischenzeitlich schwer verwundet.

Während unserer gemütlichen Runde in Albacete kam irgendwann ein anderer deutscher Interbrigadist herein. Fred: "den hätte ich beinahe mal erschossen", weil jener, nachdem er von einer Erkundung hinter den feindlichen Linie zurückkam, das Losungswort vergessen hatte. Der andere lachte "dann wärst Du aber vor's Kriegsgericht gekommen!"

Nachdem die Faschisten 1939 das ganze Spanien eingenommen hatten, wurde Fred mit Tausenden anderen in einem südfranzösischen Lager interniert. Dort unter einfachsten Bedingungen Bildungsveranstaltungen - z.B. über Marxismus-Leninis-

mus - organisierend, wurde er schließlich nach Deutschland ausgeliefert, wo er für fünf Jahre inhaftiert wurde, davon drei in Einzelhaft. Danach war er aktiv am Aufbau des sozialistischen Teils Deutschlands beteiligt und lebte für einige Zeit als Berater des kubanischen Erziehungsministeriums im nach-revolutionären Kuba.

Seine Bemühungen drehen sich heute vor allem um die Frage, wie die Offensive des Kapitals, die momentan offensichtlich stattfindet, zurückgedrängt werden kann. Das Modell des ehemals real existierenden Sozialismus sehr wohl kritisierend, nahm er unsere 'autonomen' Standpunkte interessiert auf. Seine Antwort auf unsere Frage, was er von den Autonomen hält: "Gute Kampfkraft, aber keine klare politische Linie." Wie wahr... .

rung die Erinnerung an wichtige Momente der Geschichte und Gegenwart noch recht wach.

Auch am nächsten Tag in Barcelona wurden die InterbrigadistInnen abermals von Tausenden begeistert empfangen. Vor dem katalanischen Parlament, in dem sie ihre Ehrungen entgegennahmen, liefen sie durch ein langes Spalier von SympathisantInnen - TrotzkistInnen, AnarchosyndikalistInnen, KommunistInnen, HausbesetzerInnen, Redskins und viele Andere.

Der letzte Höhepunkt unserer Reise war eine Großveranstaltung im Sportpalast von Barcelona zu Ehren der Internationalen BrigadistInnen.

In einer Kurve der vollbesetzten Halle heizt ein Block Jugendlicher fahnenschwenkend, singend und Parolen rufend

Am Schluß singen alle im Sportpalast die Internationale mit erhobenen Fäusten. "No Pasaran!", minutenlang.

"La lucha continua" - der Kampf geht weiter! Doch ohne einen Bezug zu unserer Geschichte? Vieles dessen, was unsere GenossInnen in früheren Zeiten machten, ist nachahmenswert. Und Fehler, aus denen man nicht lernt, neigen dazu, widerholt zu werden. Noch sind ZeitzeugInnen am Leben, noch sind die Spuren der Vergangenheit nicht vollends ausgelöscht durch die Herrschenden!

So rieben sich im Spanischen Bürgerkrieg beispielsweise die AntifaschistInnen gegenseitig auf, als Angehörige der antistalinistischen POUM und AnarchistInnen von der kommunistisch-sozialistisch dominierten Armee bekämpft wurden. Alleine in

Während wir uns am nächsten Vormittag mit einem dicken Kopf aus den Betten quälten, waren Fred und die anderen BrigadistInnen schon seit einiger Zeit im Hörsaal der Uni bei einer Veranstaltung. Es ist erstaunlich, wie sie in diesem Alter die weite Reise, die vielen Termine und gen ganzen Trubel verkraften. Leider ist eine Interbrigadsistin während der ersten Tage in Madrid an Herzversagen gestorben.

Auch beim Abschied im Bahnhof Albacete war wieder eine große Menschenmenge gekommen. Man sang die Internationale (auf spanisch) und es wurde u.a. "Viva Cuba" gerufen. Scheinbar ist im Bewußtsein der linken spanischen Bevölkedie Stimmung an. Wie sich später herausstellt, stammen sie, mit ihren roten, Euskadi-, Che Guevara- und Kuba-Fahnen zum größten Teil aus Frankreich. Während sich die Mehrheit des Publikums ihnen gegenüber eher distanziert verhält, gibt es immer wieder BrigadistInnen, die sich zu ihnen umdrehen und mitrufen, die Faust erhoben, lächelnd.

Eine junge Kommunistin wagt sich schließlich zu einem alten Brigadisten. Sie redet, händeringend, auf ihn ein, hält ihm immer wieder eine rote Fahne mit Che drauf hin. Er nimmt sie schließlich, glücklich umarmen sie sich, küssen sich auf die Wangen.

Barcelona kamen deshalb über 500 Menschen zu Tode. Aber anstatt voreiliger Parteiergreifung, die aus dem Lehnstuhl unserer übersättigten, sicheren Gegenwart nur anmaßend und voreilig sein kann, ist eine intensive Beschäftigung mit den Ursachen, Beweggründen und Tatsachen dieser Ereignisse nötig.

Eine Auseinandersetzung mit der Entstehung, der Geschichte und dem Scheitern realsozialistischer Staaten ist bisher ebenfalls nicht angegangen worden.

Oder: gibt es in unserem Umkreis noch Überlebende aus dem Widerstand? Wir haben nicht mehr viel Zeit, sie kennenzulernen.

la lucha continua!

Kurdistan • aktuell • Hintergrund • Einschätzung

Da bemüht sich ein reißerischer ZDF-Beitrag am 8.November, der alten Lüge von der drogenkriminellen PKK neues Leben einzuhauchen

UND DANN DAS

4 Tage vor dem Sendetermin bringt ein blöder Autounfall in der Türkei (wiederholt) das genaue Gegenteil ans Tageslicht: Der türkische Staat Hand in Hand mit der Drogenmafia

Der ZDF-Beitrag

Unter dem Titel "Terror, Drogen und Parolen?" geben die Autoren Koch und Sodemann vor, sich auf die Spuren der PKK in Deutschland zu begeben. Herausgekommen ist ein Film, dessen einziges Ziel es ist, die alten Lügen von der brutalen Gewalttätigkeit gegen Türken und Aussteiger, der Spendengelderpressung und der Verbindung zur Drogenmafia zu wiederholen. Dabei werden auch in diesem Fall nicht die geringsten Belege erbracht. Vielmehr wird der sättlich bekannte Denunziator Selim Cürükaya präsentiert, bundesdeutsche Staatsschutzvertreter erläutern ihre "Erkenntnisse" (für die es leider mal wieder keine Beweise gibt), und schließlich hält just der türkische Innenminister zwei "Studien" über den Drogenhandel der PKK in die Kamera, der drei Tage zuvor zurücktreten mußte, weil seine eigene Tätigkeit für die Drogenmafia öffentlich wurde. Aber wer bekommt das hier schon mit, schließlich ist der Sender "öffentlich-rechtlich".

Der Bremer Drogenhändler Fuat Karaslan taucht ebenfalls im Film auf. Im Hamburger §129a-Verfahren gegen Asime, Meryem und Sait als PKK-Opfer von der Staatsanwaltschaft präsentiert, hat sich dieser Idiot doch vor Abschluß des Verfahrens mit Bremer Drogenbullen eine Schießerei geliefert. Aber selbst das biegen Sodemann und Koch in ihrem Beitrag zu"recht": Karaslan, früher angeblich ebenfalls Sympathisant der PKK, bleibt Opfer. In der neuen Variante, daß er seine sauer verdienten Drogengelder nicht mit der PKK teilen wollte. Und wer bezeugt es? Sein angeblich von "Häschern der PKK" gejagter Freund Cürükaya.

Die kurze Einspielung einer Newroz-Szene, in der türkische Polizei auf wehrlose kurdische Demonstranten schießt, dient nur zur Interpretation der in der Logik der Autoren irrationalen Tatsache, daß die PKK in der Bevölkerung eine so große Unterstützung erfährt. Mit Vernunft, berechtigten Hoffnungen oder Völkerrecht hat dies für sie nichts zu tun. Einzig das unkluge Vorgehen der TR treibe die Menschen in die Arme der PKK. Arroganter kann man mit dem Anliegen, den Bemühungen und Opfern des Befreiungskampfes nicht umgehen.

Die ganze Niederträchtigkeit von Koch und Sodemann wird an der Darstellung des durch den ganzen Film gezeigten Kurden Rodi deutlich: Als Jugendlicher hilflos in der BRD gelandet, gerät er unter den Einfluß von Drogenhändlern aus seiner Heimatstadt Bingöl. Erwischt, verhaftet und abgeschoben, wird er in der Türkei gefoltert. Nach der geglückten, zweiten Flucht in die BRD wird er als asylberechtigt anerkannt und engagiert sich im kurdischen Verein. Die Aussage, das gerade der in Hamburg als Terrorist angeklagte Sait Bilgin ihm geholfen hat, den Ausstieg aus dem Drogengeschäft zu schaffen, schneiden die Autoren heraus. Dafür stellen sie seine Aussage, daß Cürükaya für ihn eine Null und ein Verräter sei als Ausdruck von Rodis Verblendung dar.

Am Ende übermittelt dann noch der Sprecher des VS in NRW eine weitere Botschaft des Films. Eine Aufhebung des PKK-Verbotes komme nicht in Betracht. Lediglich eine gewisse "Großzügigkeit" mit dem Umgang verbotener Symbole solle versucht werden. Das führt Koch und Sodemann zu der rhetorischen Frage, ob dies "Wohlverhalten gegenüber einem Terroristen oder politische Klugheit" sei.

In seiner Gesamtheit ist der Film als Dokument der staatlichen Hardliner-Position zu verstehen, die nach dem diplomatischen Sommergeplänkel pünktlich zum 3 Jahrestag des "PKK-Verbots" erneut ihre Drohungen gegenüber dem Befreiungskampf ausgestoßen hat.

Der Autounfall

Am 4.November ereignete sich in der Nähe des Flughafens von Bursa ein Autounfall, bei dem der Polizeichef und ein per Interpol gesuchter Mafiaboss ums Leben kamen. Ein Dorfschützerchef, der ebenfalls Mitglied des Parlaments ist überlebte schwer verletzt. Alle drei saßen im selben Fahrzeug und befanden sich auf einer ihrer gemeinsamen "Geschäftsfahrten".

Der **Polizeichef Hüseyin Kocadag** war bekanntermaßen ein enger Freund des Innenministers Mehmet Agar und ein wichtiges Rückgrat der Polizeiorganisation. Er unterstand direkt dem Befehl des Innenministers.

Der **Mafiaboss Abdullah Catli** war 1978 als MHP-Funktionär aktiv an der Ermordung von sieben StudentInnen in Istanbul beteiligt. Sein Name fiel auch im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat und der Flucht des Papstattentäters Mehmet Ali Agca aus dem Gefängnis. 1984 floh Catli ins Ausland und wurde in Paris wegen Drogenhandel verhaftet. Nach seiner Überführung in die Schweiz floh er dort bereits ein Jahr später aus dem Gefängnis. Seitdem wird er von Interpol per internationalem Haftbefehl gesucht. Bei dem Unfall fand man bei ihm einen Diplomatenpaß und einen Polizeiausweis auf seinen Namen.

Der **Dorfschützerchef** und **Parlamentsabgeordnete** der Ciller-Partei DYP, **Sedat Bucak**, stammt aus dem Gebiet Siverek. Innerhalb der Drogenmafia übernimmt dieser kurdische Dorfschützer-Clan die Aufgabe der Ernte der Rohpflanzen. Nach unbestätigten Berichten soll sich im Wagen außerdem ein Aktenkoffer mit Drogen befunden haben.

In welch eklatanter Weise an diesem Unfall die Verstrickung des Staates, der Regierung und der Drogenmafia zutage tritt wird daran deutlich, daß der Innenminister umgehend zurücktrat. Das ZDF sah sich freilich nicht veranlaßt, ihren Beitrag zur angeblichen Drogenkriminalität der PKK zurückzuziehen oder gar den Beitrag im Hinblick auf die Verflechtung des türkischen Staates mit der Drogenmafia zu überarbeiten.

Das türkische Regime, die Drogenmafia und die deutsche Politik

Özgür Politica veröffentlichte am 13.November ein Foto, das die Zusammenarbeit der TR mit der Mafia in einem weiteren Fall dokumentiert. Der Unterschied liegt darin, daß das entspre-

chende Treffen in der BRD, in *Brenners Parkhotel* in Baden-Baden stattfand. Das Foto zeigt

* den türkischen General Carabulut, Ex-Mitglied des türkischen Generalstabes
* Özer Ciller, den Sohn der türkischen Außenministerin Tansu Ciller
* den türkischen Mafia-Boss, internationalen Drogenhändler und MHP-Funktionär Hüssein Duman
* und schließlich den Besitzer der großen türkischen Tageszeitungen "Milliyet" und "Hürriyet", Aydin Dogan.

Özer Ciller war bereits vor einigen Wochen durch die türkische Presse gegangen, nachdem einer seiner Leibwächter mit einem Mafia-Boss in Istanbul gespeist hatte. Hüssein Dogan wird nicht nur wegen Drogengeschäften, sondern auch wegen Verwicklungen in Nuklearschmuggel gesucht.

Daß solche Treffen in der BRD stattfinden, wirft natürlich einige Fragen an deutsche Behörden auf. Angefangen von der Drogenfahndung und dem Innenminister, über den Außenminister und den Entwicklungshilfeminister bis schließlich zum LKA Baden-Württemberg. Hat dieses LKA, bis in jüngste Zeit berüchtigt für seine Kurden-Razzien und illegales Abhören von Vereinsräumen, womöglich den Personenschutz für diese "Persönlichkeiten" gestellt?

Staat, Mafia und Regierung in der Türkei

In einer 15-seitigen Dokumentation, die vom *Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)* in Köln herausgegeben wurde und von dort auch zu beziehen ist, wird ein Überblick gegeben über neuere Erkenntnisse aber auch seit längerem bekannte Tatsachen bzgl. der Verstrickungen von Mafia und türkischem Staat. Besonders deutlich wird dabei, welche Rolle in diesem Geflecht der Krieg gegen das kurdische Volk spielt. Aber auch die Rückendeckung durch europäische Staaten wird deutlich.

Die annähernd einhundert Namen und zahlreichen Einzelfakten mag wer Interesse hat selbst nachlesen (demnächst im Info-Café). Hier soll nur eine Zusammenfassung der dargestellten Strukturen versucht werden.

Durch den Krieg in Kurdistan und die damit verbundenen Handlungsfreiheiten der Sicherheitskräfte (bes. JITEM), haben sich mafiose Strukturen soweit entwickelt, daß sie den Staat mittlerweile zu 80% kontrollieren. Kurz: Wer den Spezialkrieg gegen die PKK führt, hat ansonsten Narrenfreiheit. Zunächst ging es in den 80-er Jahren um Drogen- und Waffenhandel. Erst nach 89 kam der noch lukrativere Handel mit Kernwaffenmaterial hinzu. Teil der Drogengeschäfte sind neben der türkischen Mafia auch die vom türkischen Militär angeheuerten "Dorfschützer". Die Führer solcher kurdischen Feudal- und Stammesstrukturen sind nicht nur unter der Androhung militärischer Gewalt "Dorfschützer" geworden, sondern haben diese Tätigkeit genutzt, um Drogenproduktion und -handel betreiben zu können (die PKK hat schon vor Jahren auf den Unterschied zu jenen "Dorfschützern" hingewiesen, die sich nur zum nackten Überleben auf diese Gratwanderung zwischen den Fronten begeben).

Da nach übereinstimmenden Schätzungen europäischer Drogenfahnder der Anteil von Heroin türkischer Herkunft auf dem europäischen Markt etwa 80% beträgt, erhält die permanente und hartnäckige Behauptung der drogenfinanzierten PKK eine weitere wichtige Bedeutung. Sie dient nicht nur der Diskreditierung des Befreiungskampfes, sondern sie ist unabdingbar, um den Blick von der Tatsache fernzuhalten, daß es der türkische Staat selber ist, dessen Organe und Söldner den Handel betreiben.

Daß von all dem europäische Behörden keinen Dunst haben sollen, ist natürlich lächerlich. Das Gegenteil ist der Fall. In ähnlicher Form gilt der Handlungsgrundsatz der TR auch in Europa: Wer Krieg gegen die PKK führt geniest einen besonderen Schutz. Wenn schon Völkermord unterstützt wird, warum sollte dann Drogenhandel verurteilt werden.

An dieser Stelle drängt sich eine Parallele zu ähnlichen Verhältnissen in Lateinamerika auf. Die Contra in Nicaragua finanzierte sich unter Mithilfe der US-Geheimdienste u.a. durch Drogenhandel.

Zurück zur Dokumentation des *KIZ*. Als konkretem Beispiel beginnt sie mit dem Fall des o.g. Treffens in Baden-Baden. Dabei soll es um das zur Nuklearwaffenherstellung benutzte Osmium und um Goldhandel mit dem Kaukasus gegangen sein. Der Osmiumhandel soll laut vorliegenden Dokumenten über die deutsche Firma Locosa gelaufen sein, die Metallgeschäfte mit den ehemaligen Sowjetrepubliken betreibt. Laut den Recherchen beginnt der Handel bei dem vom BND gesuchten, ehemaligen KGB-Agenten Metin Selvi, der das Material in den ehemaligen Sowjet-Republiken beschafft. Der MHP-Funktionär (früher Europakoordinator) und Mafia-Boss Enver Altayli schleust das Material durch Aserbeidschan. Özer Ciller organisiert von der Türkei aus den Weiterverkauf. Auch in diesem Fall lancierte der Zeitungsbesitzer Aydin Dogan damals eine Geschichte in die Presse, nach der die PKK radioaktives Material schmuggeln würde.

Neben der Schilderung der türkischen Mafia-Strukturen und der Rolle von JITEM und bestimmter kurdischer "Dorfschützer" wird auch auf die Strukturen außerhalb der Türkei eingegangen. In staatsanwaltlichen Akten in Italien ist nachzulesen, daß ein großer Teil der in den letzten Jahren aufgedeckten Mafiastrukturen aus türkischen Staatsbürgern bestand. Ein weiterer sehr aufschlußreicher Punkt betrifft die zentrale Rolle, die die türkischen Konsulate in Europa in diesem Geflecht spielen. Als Beispiel wird hier die Schweiz aufgeführt, da ein ehemaliger Konsulatsangehöriger darüber detaillierte Aussagen gemacht hat. Neben dem Transport der Drogen und der geschäftlichen Abwicklung wurde und wird der Aufbau von türkischen Vereinen beschrieben. Neben einem bestehenden Dachverband wurde von MHP-Kadern aus den Konsulaten heraus ein zweiter , islamisch-türkischer gegründet, der einzig das Ziel der Kontrolle über die im Exil lebenden Türken verfolgte. Es werden Fälle beschrieben, in denen mißliebige Personen daraufhin bei Urlauben in der Türkei festgenommen und gefoltert worden sind.

Die DITIB-Moschee in Oldenburg

An dieser Stelle läßt sich der Bogen zu dem auch in Oldenburg vertretenen Dachverband DITIB spannen. Als türkisch-islamischer Dachverband betreibt er eine Moschee in Oldenburg. Deren letzte Aktivität bestand darin, zum 73. Jahrestag der türk. Republikgründung eine Feier im Oldenburger Neuen Gymnasium zu organisieren. Anwesend war die Prominenz aus dem türk. Konsulat in Hannover. Erfreulicherweise blieben die Veranstalter unter sich.

Anton, AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen"

★ Mexico in Kürze ★

Aufruf zu Friedenscamps in Chiapas - die Chance für den pc-Urlaub

Das Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de Las Casas" ruft erneut zur Teilnahme an zivilen Friedenscamps in Chiapas auf. Vorraussetzungen sind ein mindestens 14-tägiger Aufenthalt, Spanisch-Kenntnisse sowie ein Bürgschaftsbrief einer NGO. Weitere Infos sind über die Redaktion von „Land und Freiheit" (Edition Nautilus, Am Brink: 10, 21029 Hamburg, Tel.: 040/7213536, Fax: 040/7218399) oder direkt beim Büro des Centro de Derechos Humanos „Fray Bartolomé de Las Casas" (Francisco León 46, San Cristóbal de las Casa, Chiapas, Mexico, Tel.: 0052/967/83548, Fax: 0052/967/83551) zu erhalten.

Spendenkonto

Wer den Kampf der Zapatistas finanziell unterstützen möchte, kann dies über das von der Zeitung ILA eingerichtete Konto tun:
ila, Kto.nr.: 58399-501, Postgiroamt Köln, BLZ: 37010050, Stichwort: EZLN-Solifonds.

Reader zum Treffen in Berlin

Der Reader des Ersten Europäischen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus ist endlich fertig! Er enthält Materialien und Protokolle von knapp 40 Arbeitsgruppen sowie Grußadressen und Redebeiträge der Auftakt- und Abschlußveranstaltungen und umfaßt 120 Seiten. Zu kriegen für 10 Mark (incl. Porto) über die Mexico-Gruppe im FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 109611 Berlin. Im Infocafé im Alhambra gibt es auch ein Leseexemplar.

Neue Bücher

Gerold Schmidt: „Der Indio-Aufstand in Chiapas. Versuch einer demokratischen Revolution", 1996.

Markus Kampkötter: „Emiliano Zapata - vom Bauernführer zur Legende. Eine Biographie", Unrast Verlag Münster 1996.
Das Buch ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil gibt einen kurzen Einblick in die mexikanische Geschichte von der Conquista bis zum Beginn der Revolution 1910. Der Hauptteil erzählt von Zapata und den komplizierten Gegebenheiten der Revolution. Im dritten Teil schließlich geht Markus Kampkötter auf den aktuellen Aufstand in Chiapas ein. Außerdem enthält das Buch eine umfassende Zeittafel und Hinweise auf weitere Materialien.

Nicht mehr neu und trotzdem gut:

Elena Poniatiowska: „Stark ist das Schweigen. Vier Reportagen aus Mexiko", Frankfurt a.M. 1987 (14 Mark).
In diesem Buch befaßt sich die Autorin, die „denjenigen ihre Stimme leiht, die keine haben", mit vier Themenbereichen aus der jüngeren Geschichte Mexikos: den Tausenden von ZuwandererInnen, die aus der Hauptstadt die inzwischen größte Metropole der Welt gemacht haben; der Studentenbewegung, die durch das Massaker auf dem Tlatelolco in Mexico-City 1968 weitgehend zerschlagen wurde; dem Hungerstreik von Rosario Ibarra, die mit vielen anderen Müttern nach ihren „verschwundenen" Kindern sucht; der von besitzlosen SiedlerInnen „illegal" auf ungenutztem Boden gegründeten Arbeitersiedlung Rubén Jaramillo. Das Buch gibt in einer sehr schönen Sprache Einblicke in die verschiedenen Kämpfe und Lebenswelten in Mexiko und läßt sich gut lesen. Lohnt sich!

Video-Abend

Mo., 16. Dezember,
20:30 Uhr,
Alhambra

„Guerilla im Internet"
Die EZLN verbreitet seit dem 1.1.94 ihre Kommuniqués im Internet. Der ca. 45-minutige Dokumentarfilm, der im November bei ARTE ausgestrahlt wurde, zeigt die Wege der Kommuniqés aus der Selva Lacandona und setzt sich krtisch mit dem Thema Internet auseinander.
„Un Paso Mas" von AK KRAAK
„Un Paso Mas" ist eine halbstündige Dokumentation über das 1. interkontinentale Treffen in Chiapas im August 96. Die inhaltlichen Ergebnisse der einzelnen AG's werden dabei nicht dokumentiert; gezeigt wird vielmehr die Situation, in der das Treffen stattgefunden hat. „Visueller Leckerbissen".
Eintritt: Spende für die EZLN

EZLN im Internet:

http://planet.com.mx/@ chiapas/

Schönen Gruß von den VIVA MARIA's!

crush hour concerts presents:

20.12.

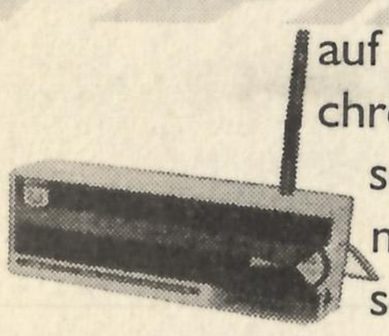
graue zellen (rendsburg) polit-hardcore-punk mit deutschen texten
+ hush puppies (ol)

26.12.

dawnbreed (böblingen) gemeiner experimenteller core (hartesbrett)
+ monochrome
+ achborn (heftig, heftig)

02.01.

anomie (frankreich) powervoller hardcore mit frauengesang
+ upstand (belgien)



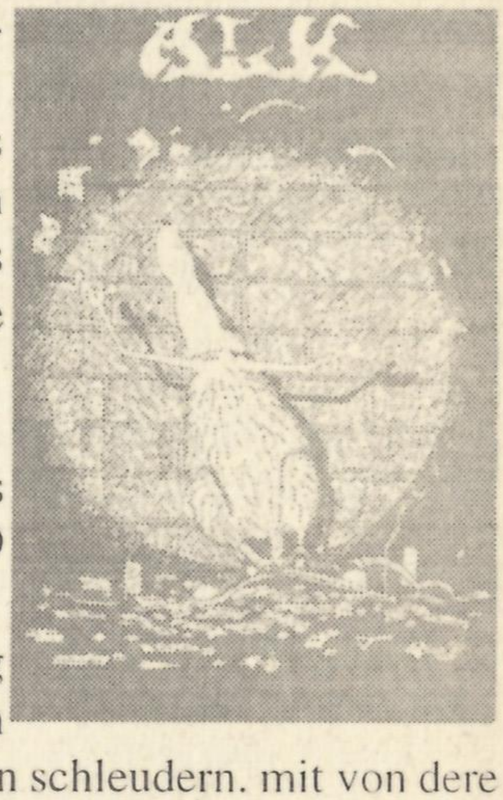
auf ihrer tour haben dawnbreed das einzige konzert im norden bei uns. mit monochrome und achborn wird es ein konzert mit brachialem sound! anomie spielen schönen hardcore -punk mit korrekten texten und einer wunderschönen stimme! mit upstand zusammen wird es mal wieder ein richtig schickes hc konzert werden!

alle konzerte wie immer im alhambra, eintritt um die 8 märker und anfang um ca. 21 uhr

andere konzerte im alhambra:

A.L.K. + DIOXIN + MAKRO TRAUMA 06.12. 20 uhr

die legende lebt! am 6. dezember 1996 feiern die legendären „alkoholisierten lebenskünstler" ihren 10. geburtstag mit topfschlagen, eierlaufen und kronkorken weitspucken. nach dreijähriger bühnenabstinenz, diversen alkohol-entzügen, nervenzusammenbrüchen und einer kamtschatka tournee sind sie wieder „voll" da! prost!



a.l.k. haben immer schon göttliche konzerte abgeliefert. ihr werdet euch sicher noch an partys wie den „neujahrs workshop" ` ´89 im stellwerk bad zw´ahn, die „rock für offene tür" open airs in hatterwüsting, und eine reihe herausragender gigs im alhambra, ect., erinnern. das letzte mal waren a.l.k. auf ihrer eigenen geburtstagsparty „sieben jahre untergang, sieben jahre suffgesang" zu sehen. eine der besten partys aller zeiten.
mit reichlich bier und pogo tanz. stichwort pogo:
„pogo tanz, eine art rhytmischer selbstberauschung, bei der die agressive berührung des tanzpartners eine zentrale rolle spielt." so abgdruckt in der nwz (regionalteil ammerland) 1989 nach dem neujahrs workshop. seltsam, seltsam, aber so stand es geschrieben.
gute stimmung und randale wird es auch dieses mal geben, wenn der angehende soz. päd. jörg hemmen, der elektrische stefan hilse, reiner bettels, der koloß von zwischenahn und der durch und durch nutzlose jan singerhoff ihren fans songs wie „jesus lebt" und „jungbulle" entgegen schleudern. mit von dere partie werden die guten alten makro trauma und dioxin sein.um den gelungenen geburtstags tanztee abzurunden, legt im anschluß dj todo „die reblauss" noch die besten punkrock hits der letzten 20 jahre auf. das spectakel findet statt, in einem der renomiertesten tanzlokale oldenburgs, dem alhambra.

hardcore:

metro shifter (usa) + omaha (usa) + sun dance (essen)
+ border breaks stone 29.12. 21 uhr

Filmriß zeigt:

Sonntag, 8.12.1996, 20.30 Uhr

Heavenly Creatures

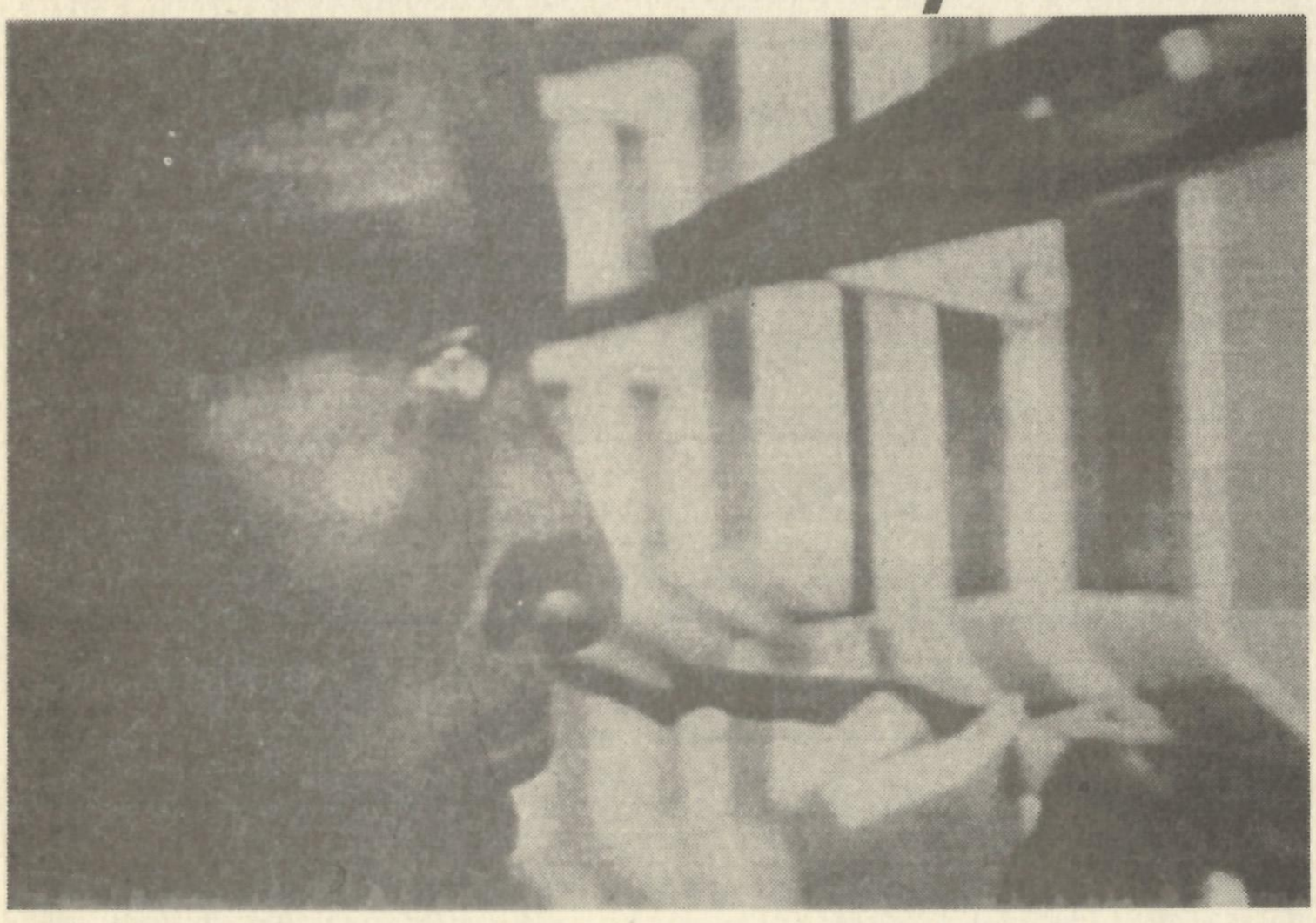
Neuseeland/Deutschland 1994, Buch und Regie: Peter Jackson,
Darstellerinnen: Melanie Lynskey, Kate Winslet, Sarah Peirse, Diana Kent.

Christchurch/Neuseeland 1952. In der örtlichen Mädchenschule treffen sich die hochintelligenten Pauline und Juliet . Die beiden sind von ihren Mitschülerinnen isoliert und beginnen eine intensive Freundschaft. Sie entwickeln nach und nach eine Phantasiewelt, die sie zunehmend von der realen Welt isoliert. Ihre Eltern versuchen vehement diese intime Beziehung zu zerstören. Als ein Psychiater die Diagnose "Homosexualität" stellt, werden die Maßnahmen der Eltern rigeroser. Die Träume und Visionen der Freundinnen werden als Reaktion immer brutaler und gewalttätiger, bis sich schließlich die Tagträume in die Realität umsetzen.

Der Regisseur Peter Jackson hatte nach dem sensationellen Erfolg seiner Splatter-Komödie "Braindead" Gelegenheit zur Verfilmung des Tagebuchs der echten Pauline. "Seiner erklärten Absicht, die individuellen und gesellschaftlichen Hintergründe eines ansonsten 'unverständlichen' historischen Verbrechens zu zeichnen, das von der zeitgenössischen Presse nur als Sensationsgeschichte über 'lesbische Killer-Schulmädchen' ausgeschlachtet worden war, kommt der Regisseur denkbar nahe. Jackson legt nämlich großen Wert auf die detailgenaue Schilderung des Milieus, in dem die Tat geschah: die Provinzstadt mit ihren Kleinbürgern und den sie formenden Institutionen, die nur scheinbar intakten Familienverhältnisse der beiden Mädchen und, vor allem, ihre 'Die Vierte Dimension' genannte Traumwelt inszeniert er mit einer Präzision, die die Ereignisse zumindest im Konstrukt plausibel macht. Ungewöhnlich an Jacksons poetisch-psychologischen Thriller ist, daß er versucht und wie es ihm gelingt, die jugendlichen Urheberinnen des mit kaltblütiger Planung vorbereiteten und mit großer Brutalität ausgeführten Verbrechens weder zu entschuldigen noch verurteilen." aus Filmdienst.

Sonntag, 22.12.1996, 20.30 Uhr

The harder they come



Jamaika 1972, Buch und Regie: Perry Henzell,
Musik: Jimmy Cliff, Darsteller: Jimmy Cliff, Janet Bartley, 88 min.

Der junge Ivan (Jimmy Cliff) träumt von einer Karriere als Pop-Sänger. Abgebrannt und krumm vor Hunger kommt er in Kingston bei dem Guru einer Sekte unter. Bei den Schallplatten-Bossen jedoch stößt er auf taube Ohren. Aus diesem Grund schließt er sich Dealern an, gerät mit deren Chefs und der Polizei in Streit und wird zu einer Art Robin Hood der Slums. Seine Taten besingt er auf einer Schallplatte - und die wird promt ein Hit: „The Harder They Come, The Harder They Fall".Mit wenigen Worten und naiven, aber ausdrucksstarken Bildern liefert dieser Film ein ehrlichen Porträt von Jamaika. Und da er großen Wert auf den Raggae legt, kommen Musikfans auf ihre Kosten.

alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum

dezember 1996

So.	1. Dezember	20.00 Uhr Rollenwechsel zeigt: **Antonia`s Welt**
Do.	5. Dezember	22.00 Uhr **Fachschaftsparty Chemie**
Fr.	6. Dezember	22.00 Uhr Konzert 10 Jahre A.L.K.: **Macro Trauma, Dioxin, A.L.K.**
Sa.	7. Dezember	22.00 Uhr **Homophilias**
So.	8. Dezember	20.30 Uhr Filmriß zeigt: **Heavenly Creatures**
Mo.	9. Dezember	20.30Uhr Veranstaltung: **„ein V-Mann packt aus"** AK Kein Fußbreit
Do.	12. Dezember	22.00 Uhr **Semesterfete**
Fr.	13. Dezember	20.30 Uhr **NutzerInnenplenum**
		21.00 Uhr **Die Disco**
Sa.	14. Dezember	21.00 Uhr **FrauenLesbenDisco**
Mo.	16. Dezember	20.30 Uhr Mexico Video-Abend: **„Guerilla im Internet"und „Un Paso Mas"**
Mi.	18. Dezember	20.00 Uhr **Offene Bühne für FrauenLesben** (Kneipe)
Fr.	20. Dezember	21.00 Uhr Crush Hour Concerts: **Graue Zellen + Hashpuppies**
Sa.	21. Dezember	22.00 Uhr **Männerfabrik**
So.	22. Dezember	20.20 Uhr Filmriß zeigt: **„ The harder they come"**
Mo.	23. Dezember	19.00 Uhr **Antifaschistische Filmnacht**
Do.	26. Dezember	21.00 Uhr Crush hour concerts: **Dawnbreed + Monochrome + Acheborn**
Sa.	28. Dezember	22.00 Uhr **Rosa Disco**
SO.	29. Dezember	21.00 Uhr konzert: **metro shifter + omaha + sun dance + border breaks stone**
Di.	31. Dezember	22.00 Uhr **Pink sylvester party**

★

Regelmäßige Termine im Alhambra:

Montag: 18.-20.00 Uhr Crush Hour Concerts ★ 20.30 Uhr Antifa-Café

Donnerstag: 16.30 Uhr Libertäres Infocafé ★ 18.00 Uhr Infocafé + Archiv ★ 20.00 Uhr Vokü, danach Kneipe ★ 20.30 Uhr Oldenburger Rechtshilfe

Jeden 1. Freitag: 20.30 Uhr Vorbereitungstreffen "Die Disco"